

An den Deutschen Presserat,

Beschwerde

Zum Kommentar

«Ein Grob fahrlässiger Blick auf das Rotlicht-Milieu»
von S. Hellwig, Weser-Kurier v. 17.8.15, S. 2,

Inhalt

1.	<u>Text des unter Beschwerde genommenen Artikels</u>	2
2.	<u>Grundsätze des Pressekodex, gegen die der Artikel verstößt</u>	3
3.	<u>Begründung der Beschwerde</u>	4
3.1	Allgemeiner Teil	??
3.1.1	Selbstverständnis des Weser Kurier	
3.1.2	Gegenstand des Kommentars <u>Ein grob fahrlässiger Blick auf das Rotlicht-Milieu</u> der Autorin Hellwig	
3.1.3	Redaktioneller Kontext des Weser Kurier, in dem die Autorin ihren Kommentar verfasst hat (Legalisierung / Kriminalisierung)	
3.1.4	Soziales Ansehen Sexarbeitender	
3.1.5	Schlaglichter der rechtlich-moralischen Bewertungen der Sexarbeit	
3.1.6	Sexarbeit als (moderne) Sklaverei	
3.1.7	Umfang von Verurteilungen aufgrund der §§ 180a, 181a und 232 StGB -	
3.2	Die unter Beschwerde gestellten Aussagen der Autorin	
	<u>(A) - (F)</u>	
4.	<u>Zusammenfassung</u>	
5.	<u>Quellen</u>	
6.	<u>Anhang</u>	

1. Text des unter Beschwerde genommenen Artikels

In Klammern stehenden Buchstaben und durch Unterstreichungen markierte Textteile dienen der Beschwerdebegründung

«Ein grob fahrlässiger Blick auf das Rotlicht-Milieu (A) Silke Hellwig 17.08.2015

Seit Inkrafttreten im Jahr 2002 ist die sogenannte Sexarbeit, so sie „einvernehmlich“ ist, eine legale Dienstleistung (B), Deutschland gilt seither als beliebtes Ziel von Sextouristen und als „Bordell Europas“. Die große Koalition will das Gesetz reformieren, allerdings schon seit geraumer Zeit – 2016 soll daraus nun etwas werden. Die Novelle sieht strengere Auflagen für alle Beteiligten vor.

Anders als die deutsche hat beispielsweise die schwedische Gesetzgebung zum Ziel, Prostitution abzuschaffen. Reguliert wird der Kauf von Sex, Freier machen sich strafbar. In Deutschland ist die Bezahlung der Dienstleistung einklagbar, Prostituierte haben Zugang zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Amnesty International (AI) hat also, was die Entkriminalisierung der Prostitution auf Seiten der Dienstleister betrifft, gewissermaßen Eulen nach Berlin getragen.

Die Rechte deutscher Prostituierte werden dennoch erheblich eingeschränkt, nicht vom Staat, (C) sondern von den Umständen des Rotlicht-Milieus (A). Es ist laut Experten eine Mär (D), dass das Gros der Huren (A) (und darunter gilt der Anteil der deutschen Frauen als außerordentlich gering), sich frei- und bereitwillig prostituieren. Es ist eine Legende (D), dass die Mehrheit der Frauen die Wahl zwischen mehreren Berufen hatte und sich ganz bewusst für die Prostitution entschieden hat. Es ist purer Unfug (D), dass, was zwischen den Laken in Bordellen, Liebesmobilen, Hotels oder Autos passiert, stets in so etwas wie bestem Einvernehmen (D) geschieht. Schon das Wort Sexarbeiter ist nichts als eine Beschönigung (D) (A). Wie in vielen anderen Selbsthilfeorganisationen sind die Prostituierten, die sich als Sexarbeiter ansehen, die selbstbewusst und redegewandt für ihre Interessen eintreten, nicht gerade typisch für ihr Metier. Entsprechend darf die Grundlage der AI-Resolution in Zweifel gezogen werden, die auf Befragungen im Gewerbe beruht: Die Wahrscheinlichkeit, dass AI mit minderjährigen, von Bordell zu Bordell verkauften, gequälten Frauen ins Gespräch gekommen ist, scheint doch eher gering. (E)

Huren und Stricher (A) treibt meist die pure materielle Not in das Gewerbe und zu vermeintlich einvernehmlichem Sex (D). Es ist mehr als geschmacklos (A) (D), von gegenseitigem Einvernehmen sprechen zu wollen, wenn eine junge Drogenabhängige auf dem Straßenstrich auf den nächsten Freier hofft. Die Notlagen, die Brutalität und das Elend des Metiers sind sattem bekannt, umso erstaunlicher ist die AI-Forderung, auch Zuhälterei zu entkriminalisieren (F). Es geht nicht darum, Zuhälter zu schützen, argumentiert AI Deutschland auf seiner Homepage. „Es gibt jedoch zu weit gefasste Gesetze, wie beispielsweise solche, die das ‚Betreiben‘ oder die ‚Bewerbung‘ von Bordellen verbieten. Diese werden oftmals eingesetzt, um Sexarbeiter_innen strafrechtlich zu verfolgen und Maßnahmen zu kriminalisieren, die Sexarbeiter_innen zu ihrem eigenen Schutz ergreifen.“

Man mag Bordellbetreiber als Dienstleister ansehen, die Frauen oder Männern Zimmer und gastronomischen Service zur Verfügung stellen. Dennoch profitieren die Betreiber auch von individuellen Zwangslagen (F). Und man darf angesichts von Flatrate-Bordellen und Gang-Bang-Partys (die mit der Novelle des ProstG verboten werden sollen) stark bezweifeln, dass das Bild der treu sorgenden Puffmutter (A) der Realität entspricht. Zuhälter stellen sich gerne als Beschützer ihrer „Pferdchen“ (A) dar (der Jargon (A) sollte schon Hinweis genug auf die Beziehung sein). Strafbare machen sie sich, wenn sie „eine andere Person, die der Prostitution nachgeht, ausbeuten“. Es ist schon ein eigentümlicher Blick auf das Gewerbe, wenn man davon ausgeht, dass Frauen, die sich prostituieren, einvernehmlichen Sex haben, wenn er nicht mit Gewalt erzwungen wird, und dass sie nicht ausgebeutet werden, wenn sie einen Teil ihrer Einkünfte abliefern (A), ohne vorher bedroht zu werden.

„Dritte“, die Sexarbeiter_innen ausbeuten oder misshandeln, werden nach dem von uns vorgeschlagenen Modell auch weiterhin strafrechtlich verfolgt“, betont AI auf seiner Homepage. Das eigens unterstreichen zu müssen, ist traurig genug. (F) Dass die Organisation quasi das gesamte Gewerbe verteidigt, statt Opfer von Tätern zu unterscheiden, ist grob fahrlässig. Den Opfern hat Amnesty damit keinen Dienst erwiesen, sich selbst allerdings auch nicht. (E)» (1)

2. Grundsätze des Pressekodex, gegen die der Artikel verstößt

„PRÄAMBEL

Verleger, Herausgeber und Journalisten müssen sich bei ihrer Arbeit der Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit und ihrer Verpflichtung für das Ansehen der Presse bewusst sein. Sie nehmen ihre publizistische Aufgabe fair, nach bestem Wissen und Gewissen, unbeeinflusst von persönlichen Interessen und sachfremden Beweggründen wahr.

*...
Diese Präambel ist Bestandteil der ethischen Normen. (S. 3)*

Ziffer 1

WAHRHAFTIGKEIT UND ACHTUNG DER MENSCHENWÜRDE

Die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse. (S. 4)

Ziffer 2

SORGFALT

Zur Veröffentlichung bestimmte Informationen in Wort, Bild und Grafik sind mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen und wahrheitsgetreu wiederzugeben. Ihr Sinn darf durch Bearbeitung, Überschrift oder Bildbeschriftung weder entstellt noch verfälscht werden. (S. 4)

Ziffer 9

SCHUTZ DER EHRE

Es widerspricht journalistischer Ethik, mit unangemessenen Darstellungen in Wort und Bild Menschen in ihrer Ehre zu verletzen. S. 6

Ziffer 10

RELIGION, WELTANSCHAUUNG, SITTE

Die Presse verzichtet darauf, religiöse, weltanschauliche oder sittliche Überzeugungen zu schmähen. (S. 6)

Ziffer 12

DISKRIMINIERUNGEN

Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden. (S. 6)

*...
Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte. (S. 28)*

Ziffer 13

UNSCHULDSVERMUTUNG

Die Berichterstattung über Ermittlungsverfahren, Strafverfahren und sonstige förmliche Verfahren muss frei von Vorurteilen erfolgen. Der Grundsatz der Unschuldsvermutung gilt auch für die Presse. (S. 6)

*...
Zwischen Verdacht und erwiesener Schuld ist in der Sprache der Berichterstattung deutlich zu unterscheiden. (S. 29)“ (2)*

3. Begründung der Beschwerde

Kursiv durch Unterstreichnung markierte Textteile stammen aus dem Artikel der Autorin

Kursiv markierte Textteile ohne Unterstreichung entstammen dem Pressekodex

*Sonstige zitierte Texte werden in **g r a u** wiedergegeben*

Die Begründung der Beschwerde enthält einen allgemeinen Teil, in dem der Kommentar der Autorin Hellwig, das Selbstverständnis des Weser-Kurier und die sonstige erkennbare redaktionelle Befassung mit der AI Stellungnahme einbeziehend, mit Fakten aus anderen für die Sexarbeit prägenden Kontexten, gerahmt wird. Daran schließt sich eine Bewertung von Aussagen der Autorin an.

3.1 Allgemeiner Teil - Kontexte der Beschwerde

3.1.1 Kontext 1

Selbstverständnis des Weser Kurier

Derzeit beteiligt sich der Weser-Kurier durch Abdruck von Anzeigen an einer Image-Kampagne zugunsten von Tageszeitungen, die unter Federführung des Verbandes Nordwestdeutscher Zeitungsverlage e.V. steht. Die Inhalte der Kampagne sind auf www.jedeswortwert.de einsehbar.

In seiner Ausgabe vom 23.09.2015, S. 4 druckt der Weser-Kurier eine Anzeige der Kampagne ab, die den folgenden Text enthält:

«WEIL JEDES WORT DEN BLICK ERWEITERT

Wo erfahre ich all die Fakten, die zwischen den Zeilen stehen? In meiner Zeitung steht, was die ganze Wahrheit braucht. Weil sie unabhängig berichtet und Hintergründe aufdeckt. Gedruckt und digital.»

Der so formulierte Anspruch des Weser-Kurier verdichtet die Kriterien für einen verantwortungsvollen Journalismus, die der Pressekodex aufzählt. Insofern sind die in dieser Image-Kampagne genannten Kriterien, bei der hier geführten Beschwerde ebenfalls und ergänzend zum Pressekodex zu berücksichtigen. Denn der Weser-Kurier nimmt laut der **j e d e s w o r t w e r t** Kampagne für sich die Qualitätsmerkmale

- alle Fakten zu nennen
- auch die, die zwischen den Zeilen stehen
- alles mitzuteilen, was die ganze Wahrheit braucht
- unabhängig zu berichten
- Hintergründe aufzudecken

in Anspruch und bewirbt, sich diesen Kriterien verpflichtend, sein journalistisches Angebot.

Sofern sich aus der Beschwerde ein berechtigter Zweifel an der Seriosität des Weser Kurier ergibt, da sich herausstellt, dass der Weser-Kurier den Kriterien journalistischer Qualität, die er für sich selbst als massgeblich bezeichnet nicht entspricht oder diese nicht verfolgt, ist die **j e d e s w o r t w e r t** Kampagne, in der diese Kriterien als massgeblich beworben werden, als Versuch zu werten, Lesende durch gezielte Beeinflussung über die tatsächliche Qualität des Weser-Kurier wenigstens im Unklaren zu lassen.

Damit wäre das Kriterium der Wahrhaftigkeit journalistischer Tätigkeit, wie es der Pressekodex nennt, dem der WK sich ebenfalls verpflichtet sieht, verletzt worden. Der Weser-Kurier würde willentlich, hinter der Präsenz einer eigenen Imagepflege verborgen, eigene Qualitätsmängel verbergen. Dem Lesenden würden »all die Fakten, die zwischen den Zeilen stehen« entgegen der Zusage nicht präsentiert werden, sondern sie würden ihm, dessen Vertrauen der Weser-Kurier durch sein beworbenes Image in diesem Fall erschlichen hätte, vorenthalten. **j e d e s w o r t w e r t** - die Lesenden wären die absichtsvoll, die manipulativ Getäuschten.

Insofern ist die Einbeziehung der **j e d e s w o r t w e r t** Qualitätsmerkmale in diese Beschwerde im doppelten Sinne bedeutsam. Einerseits verstärkt sie die Verpflichtungen des Pressekodex denen sich der Weser-Kurier unterstellt. Andererseits erhöht sie das öffentliche Interesse an einer Prüfung der Wahrhaftigkeit seiner Berichterstattung und der Selbstverpflichtungsaussagen. Der Umfang dieser Beschwerde erklärt sich auch aus dieser doppelten Bedeutsamkeit.

3.1.2 Kontext 2

AI Stellungnahme als Gegenstand des Kommentars

Die Autorin bezieht sich, auch wenn sie ihre Quelle nicht ausdrücklich benennt, auf die Veröffentlichung von Amnesty International Deutschland (AI-D), die auf der Homepage von AI-D mit der Datumsangabe 13.08.2015 zu finden ist (3 a)

Ersichtlich ist dass aus Zitaten, die die Autorin für ihren Kommentar aus dieser Stellungnahme entnommen hat. Die Autorin zitiert: »„Es gibt jedoch zu weit gefasste Gesetze, wie beispielsweise solche, die das ‚Betreiben‘ oder die ‚Bewerbung‘ von Bordellen verbieten. Diese werden oftmals eingesetzt, um Sexarbeiter_innen strafrechtlich zu verfolgen und Maßnahmen zu kriminalisieren, die Sexarbeiter_innen zu ihrem eigenen Schutz ergreifen.“«

Dieses Zitat findet sich in der PDF Version der AI-D Stellungnahme auf Seite 3 als erster und zweiter Satz des zweiten Absatzes unter dem Punkt »6. Sexarbeiter_innen benötigen Schutz, aber warum sollte man Schutzmaßnahmen für Zuhälter_innen ergreifen?« Die Autorin zitiert weiter »„Dritte‘, die Sexarbeiter_innen ausbeuten oder misshandeln, werden nach dem von uns vorgeschlagenen Modell auch weiterhin strafrechtlich verfolgt“« Dieses Zitat findet sich in der PDF Version der AI-D Stellungnahme auf Seite 3 als zweiter Satz des ersten Absatzes unter dem bereits oben zitierten Punkt 6.

Die Stellungnahme von AI-D, dass ist offensichtlich und bedeutsam für diese Beschwerde, stand der Autorin Hellwig zur Verfügung, als sie ihren Kommentar verfasste. Es ist plausibel, dass sie diese Stellungnahme, aus der sie mit Verweis auf die AI-D Homepage zitiert (*»betont AI auf seiner Homepage«*), zur Kenntnis genommen hat. Es ist weiter plausibel, dass die Autorin in der Lage ist, die Aussagen der AI-D Stellungnahme in ihrem Zusammenhang und vollständig erfassen zu können. Es wäre ihr sonst nicht möglich, den Anforderungen zu genügen, die an eine Chefredakteurin des Weser-Kurier gestellt werden.

Der Titel und die Unterpunkte - dabei handelt es sich um Fragen, die AI in der dreiseitigen Stellungnahme beantwortet - seien hier zitiert:

»POSITION ZUR VERANTWORTUNG VON STAATEN FÜR DEN SCHUTZ UND DIE UMSETZUNG DER MENSCHENRECHTE VON SEXARBEITER_INNEN

1. Warum will Amnesty International eine Position zum Schutz der Menschenrechte von Sexarbeiter_innen verabschieden? 2. Wo liegt der Unterschied zwischen der Legalisierung und der Entkriminalisierung von Sexarbeit? Warum will Amnesty nicht, dass Sexarbeit legalisiert wird? 3. Würde eine Entkriminalisierung nicht den Menschenhandel fördern? 4. Wie können die Rechte von Frauen durch die Entkriminalisierung von Sexarbeit geschützt werden? 5. Worauf stützt Amnesty sich bei der vorgeschlagenen Position zu Sexarbeit? 6. Sexarbeiter_innen benötigen Schutz, aber warum sollte man Schutzmaßnahmen für Zuhälter_innen ergreifen? 7. Warum unterstützt Amnesty International nicht das "Nordische Modell"? 8. Warum ist Amnesty International der Ansicht, dass der Kauf von sexuellen Handlungen ein Menschenrecht ist? 9. Bedeutet diese Entscheidung, dass Amnesty International als Menschenrechtsorganisation Sexarbeit fördert? 10. Amnesty International hat die Resolution verabschiedet. Was passiert jetzt?« (3 a)

Diese zehn Fragestellungen und ihre Beantwortung dokumentieren den differenzierten und komplexen Blick mit dem AI auf das Thema der Entkriminalisierung von Sexarbeit sieht. Selbst ohne gründliche Analyse des AI-D Textes, die für die Autorin Hellwig zudem aufgrund Ihrer Berufserfahrung und allgemeinen Kompetenz ohne Mühe leistbar und angezeigt war, sind die Grundpositionen von AI zum Thema offensichtlich und für die Autorin unmittelbar erkennbar. Zu diesen AI Positionen gehört die Fortdauer und die Intensivierung der Strafverfolgung aller Formen des sexuellen Missbrauches ebenso, wie die Ablehnung des sogenannten „Nordischen Modells“. Trotz der Offensichtlichkeit mit der diese AI Positionen in der AI Stellungnahme präsentiert werden, werden diese Positionen im Kommentar der Autorin, dem diese Beschwerde gilt, was das sogenannte „Nordische Modell“ betrifft nicht, und was die Strafverfolgung von sexueller Ausbeutung also sexuellem Missbrauch durch Dritte (Zuhälterei / Menschenhandel - umso erstaunlicher ist die AI-Forderung, auch Zuhälterei zu entkriminalisieren) angeht, tatsachenwidrig dargestellt. Auf der Grundlage dieser einerseits unvollständigen (Verstoß gegen Qualitätskriterium »alle Fakten zu nennen«) und andererseits tatsachenwidrigen Darstellung (Verstoß gegen das Qualitätskriterium »was die ganze Wahrheit braucht«) der AI Position, entwickelt die Autorin ihre Kommentierung bereits insofern ausserhalb der journalistischen *Wahrhaftigkeits- und Sorgfaltspflicht*, was in dieser Beschwerde unter dem Punkt 3.2 (A) - (F) im einzelnen behandelt wird.

3.1.3 Kontext 3

Sonstige Berichterstattung des Weser Kurier zum Thema AI Stellungnahmen und deren Bedeutung für den Kommentar der Autorin (Legalisierung / Kriminalisierung)

Der Weser-Kurier hatte die Stellungnahme von AI-D zur Entkriminalisierung der Sexarbeit bereits am 13.08.2015 mit dem Artikel »Last mit der käuflichen Lust« Untertitel: »Amnestys Eintreten für weltweite Legalisierung der Prostitution löst Kontroverse aus« von David Freches, Online unter dem Titel »Amnesty Pläne lösen Kontroverse aus« Untertitel: »Legalisierung der Prostitution« (4) behandelt. Der Autorin Hellwig, Chefredakteurin des WK, dürfte dieser Artikel bekannt gewesen sein. Ihr dürfte ebenfalls bekannt gewesen sein, dass der Artikel am 12.08.2015 bereits online in der Berliner Zeitung erschienen war, jedoch unter dem Titel »Amnesty plädiert für legale Prostitution« Untertitel: »Entkriminalisierung der Prostitution« (5).

Bei der Betrachtung der hier aufgeführten Titel der Berliner Zeitung und des Weser-Kurier zur AI Position ist festzuhalten, dass die Begriffe Entkriminalisierung und Legalisierung in verwirrender Weise als scheinbar bedeutungsgleich behandelt werden. In den Überschriften der Artikel sowohl der Berliner Zeitung als auch des Weser-Kurier wird der Text von David Freches, der ebenfalls Legalisierung und Entkriminalisierung als scheinbar sachlich gleiche Vorgänge behandelt, (»Beim Treffen des Internationalen Rates in Irland haben die meisten der rund 400 Delegierten aus 70 Ländern sich für die Legalisierung«), seitens der Redaktionen, für die zumindest was den Weser-Kurier betrifft die Autorin Hellwig als Chefredakteurin direkt Verantwortung trägt, verwirrend überschrieben.

Die legale Prostitution scheint die entkriminalisierte Sexarbeit zu sein. AI beabsichtigt jedoch nicht für die Legalrahmen einzutreten, innerhalb derer Sexarbeit bereits stattfindet, da diese sich in aller Regel durch Strafrechtsnormen auszeichnen. In deren Folge werden Sexarbeitende lediglich aufgrund der Ausübung ihrer Tätigkeit zu Straftäter*innen (6) gemacht. Diese Kriminalisierung ist nach Auffassung von AI menschenrechtlich unzulässig. AI spricht sich daher für eine vollständige Entkriminalisierung der Sexarbeit aus. Nur dies sei, so AI, menschenrechtsförderlich. Die vorhandenen Konzepte der Legalrahmung von Sexarbeit hält AI für menschenrechtlich unzureichend. Dies bezieht sich mit Ausnahme vielleicht von Neuseeland (7) auf die in der UNO vertretenen 193 Staaten.

In den Überschriften der Redaktionen der Berliner Zeitung und des Weser-Kurier, deren Formulierung Aufgabe der (Chef-) Redaktion ist (man vergegenwärtige sich die flüchtig Lesenden und deren Rezeption, die sich auf Überschriften konzentriert), wird vermittelt, dass es sich bei der Legalisierung von Sexarbeit und ihrer Entkriminalisierung um wenigstens ähnliche Anliegen handele. Das erlaubt den Rückschluss, es würde AI bei der Entkriminalisierung von Sexarbeit um die Legalisierung von sexuellem Missbrauch mithin von sexueller Ausbeutung und gewerblich motiviertem organisierten sexuellen Missbrauch gehen, obwohl AI-D an keiner Stelle davon spricht, sexuelle Ausbeutung zu legalisieren. Diese Fehldarstellung der AI-D Position hat die Autorin Hellwig (»umso erstaunlicher ist die AI-Forderung, auch Zuhälterei zu entkriminalisieren.«) als Chefredakteurin bereits am 12.08.2015 zumindest passiv hingenommen, wenn nicht im Rahmen ihrer Arbeitspflichten bei der Veröffentlichung des Artikels von David Freches, willentlich befördert.

Die Autorin hat sich spätestens am 12.08.2015 mittelbar der AI-D Stellungnahme zur Entkriminalisierung der Sexarbeit auf der Grundlage der Titelfindung zum Artikel von David Freches zugewandt und dabei die Synonymisierung des Konzeptes Entkriminalisierung, das AI verfolgt und des der Legalisierung der Sexarbeit, das in Deutschland strafrechtlich Inhalte hat, wenn nicht selbst vollzogen, so doch akzeptiert. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass das zu diesem Zeitpunkt von ihr in Unkenntnis der Positionen geschah, die in der AI-Deutschland Stellungnahme vom 13.08.2015 veröffentlicht wurden.

Offensichtlich wahr jedoch ist, dass für AI-D die Konzepte der Entkriminalisierung und der Legalisierung von Sexarbeit different und unvereinbar sind. Das war für die Autorin Hellwig, als sie ihren hier unter Beschwerde genommen Kommentar, der am 17.08.2015 im Weser-Kurier veröffentlicht wurde und den sie wahrscheinlich am 16.08.2015 verfasst hat, erkennbar. Zumindest sofern sie mit journalistischer Sorgfalt die Primärquelle von AI-D zur Kenntnis genommen hat. Davon ist bei einer Chefredakteurin auszugehen.

Während das AI Konzept die Entkriminalisierung vorsieht, die Berufsausübung Sexarbeitender also frei von Strafverfolgung stattfinden soll, sehen Konzept der Legalisierung von Sexarbeit, so auch der deutsche Legalrahmen für Sexarbeit, vor, auch mittels Strafrecht zu definieren, was der Legalrahmen ist, in dem Sexarbeit stattfinden darf. Mittels der Legalrahmen, in denen Sexarbeit sich zulässig ereignet, so kann gesagt werden, wird Sexarbeit mit Ausnahme von Neuseeland weltweit, so auch in Deutschland kriminalisiert, indem sie in weiten Bereichen durch das Strafrecht reguliert wird. AI fordert demgegenüber

die in vorhandenen Legalrahmungen bestehende Kriminalisierung abzuschaffen. Legalisierung und Entkriminalisierung sind in der bisherigen staatlichen Praxis weltweit bis auf die genannte Ausnahme sich ausschliessende Konzepte. Bei der redaktionellen Titelfindung sowohl von der Berliner Zeitung, vom Weser-Kurier, als auch im Artikel von David Freches selbst, werden die Konzepte jedoch als synonym beschrieben, was den Anforderungen *Wahrhaftigkeit und Sorgfalt* im Sinne des Pressekodex widerspricht.

Die Frage die sich anschliesst ist: Wieso haben weder der Autor Freches, des hier nicht unter Beschwerde stehenden Artikels «Amnesty plädiert für legale Prostitution - Entkriminalisierung der Prostitution», noch die Redaktionen vom Weser-Kurier und von der Berliner Zeitung, noch die Autorin Hellwig bei ihrem hier unter Beschwerde stehenden Kommentar die Primärquelle, auf die sie sich beziehen, in hinreichender Weise dargestellt? Für die Autorin Hellwig spricht, sofern überhaupt entschuldigend etwas zu ihrem Vorteil vorgebracht werden kann, eventuell nur ihr Ressentiment gegenüber der Sexarbeit, die sie sich kaum als einvernehmlich vorzustellen vermag («die sogenannte Sexarbeit, so sie „einvernehmlich“»), da, sofern dies nicht handlungsleitend war, Absicht anzunehmen ist, wenn sie, dem Sorgfalts- und Wahrhaftigkeitsgebot des Pressekodexes und der Imagekampagne jedes wortwert widersprechend, falsche Tatsachenbehauptungen gegen AI («die AI-Forderung, auch Zuhälterei zu entkriminalisieren») und gegen die Aktiven des Feldes der erotischen und sexuellen Dienstleistungen (sogenannte Sexarbeit) erhebt. Ihre Tatsachenbehauptungen waren für die Chefredakteurin des sich selbst als wahrhaftigkeitsverpflichtet darstellenden Weser-Kurier offensichtlich als unwahr erkennbar. Ihre Aussagen stellen eine Verkehrung der Inhalte der ihr bekannten Primärquelle in ihr Gegenteil dar, für die sie bereits durch Veröffentlichung des David Freches Artikels vom 13.08.2015 als Chefredakteurin des Weser-Kurier die Grundlagen schuf.

Die Verwirrung, die die Autorin Hellwig bezüglich der Begriffe Legalisierung und Entkriminalisierung der Sexarbeit produziert, stellt ihre Professionalität in Frage. Aufgrund ihrer Berufserfahrung und Kompetenz ist es zulässig davon auszugehen, das diese Verwirrung von ihr absichtsvoll betrieben wird. Auch ihre Sätze

»Seit Inkrafttreten im Jahr 2002 ist die sogenannte Sexarbeit, so sie „einvernehmlich“ ist, eine l e g a l e Dienstleistung. ... Amnesty International (AI) hat also, was die E n t k r i m i n a l i s i e r u n g d e r Prostitution auf Seiten der Dienstleister betrifft, gewissermaßen Eulen nach Berlin getragen.« (Hvhbg K.F.)

machen es, ihre darin erkennbare Ironie in die Bewertung einbeziehend, nachvollziehbar von absichtsvoller Fehldarstellung auszugehen.

Die vorgeblich erst seit 2002 bestehende Legalität (siehe 3.2 (B)) der Sexarbeit in Deutschland bezeichnet die Autorin als Produkt einer Entkriminalisierung, die und das geht aus der AI-D Stellungnahme offensichtlich und zweifelsfrei hervor, faktisch und das musste der Autorin damit bekannt sein, nicht stattgefunden hat.

3.1.4 Kontext 4

Soziales Ansehen der Aktiven des Feldes der erotischen und sexuellen Dienste

Spätestens mit dem Bericht »Über sexuelle Ausbeutung und Prostitution und deren Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter (2013/2103(INI)) Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter Berichterstatterin: Mary Honeyball« ist davon auszugehen, »dass Prostituierte sozial, wirtschaftlich, physisch, psychisch, emotional und hinsichtlich ihrer Familienbindungen besonders schutzbedürftig« sind und »eher zu Schaden kommen können als Personen, die eine andere Tätigkeit ausüben« der Bericht »weist daher mit Nachdruck darauf hin, dass Prostituierte öffentlichen Schmähungen und sozialer Stigmatisierung auch noch ausgesetzt sind, wenn sie nicht mehr der Prostitution nachgehen« (8, S. 10 f).

In seiner Begründung weist der »Referentenentwurf des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Entwurf eines Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen« (RePSG) (9) mehrfach auf die Gefährdungen hin, die der Tatbestand der sozialen Schmähung und Stigmatisierung für die Aktiven des Feldes der erotischen und sozialen Dienste mit sich bringt.

Im Zusammenhang mit der Charakterisierung der Sexarbeit als eines Berufes der gegenüber anderen eine Ausnahmestellung hat („kein Beruf wie jeder andere“), wird auf die allgegenwärtige soziale Schmähung und Stigmatisierung hingewiesen, der die Aktiven des Feldes unterliegen:

»dass Personen, die sich in diesem Bereich betätigen, auch weiterhin in ihrem Alltagsleben zahlreichen diskriminierenden Erfahrungen ausgesetzt sind, so dass Prostitution keineswegs in jeder Hinsicht ein „Beruf wie jeder andere“ ist.« (9, S. 97, HvhbG K.F.)

Welchen Umfang, welche Formen und Folgen die soziale Ächtung der Aktiven des Feldes der erotischen und sexuellen Dienste hat, wurde im Rahmen der bisherigen Konsultationen zum RePSG nicht erhoben, was als Manko für ein Gesetz zu werten ist, dass die Schutzbedürftigkeit von Sexarbeitenden (»verbreitete Vorbehalte«) gegenüber sozialer Ächtung und Stigmatisierung anerkennt, jedoch die konkrete Gefährdung durch Stigmatisierung weder erhebt noch benennt, und folglich keine umfassenden, spezifischen gesetzlichen Maßnahmen zu deren Kompensation oder Beseitigung thematisiert.

Nach den Aussagen von Mirjam Kläntschi und Sarah Opprecht, Stigma Sexarbeit - Über das Erleben und den Umgang der Sexarbeiterinnen mit der Stigmatisierung in der Gesellschaft, Bern 2014, gibt es international zwar »vereinzelte Studien, die den Umgang der Sexarbeiterinnen mit der Stigmatisierung aus ihrem Umfeld untersuchten, jedoch scheinen derartige Studien im deutschsprachigen Raum zu fehlen.« (10, Abstract S. 1), was angesichts der obigen EU Feststellungen und der Bewertungen des RePSG zum Umfang der Stigmatisierung des Feldes überrascht und ein Hinweis sein könnte, dass das politische und administrative Verfahren zur Erstellung des RePSG - im Vergleich mit anderen Referentenentwürfen ähnlichen Umfangs und ähnlicher Strittigkeit, denen umfangreiche Erhebungen (Rechtstatsachenforschung) vorausgehen - als diskriminierend bewertet werden könnte, es also selbst Teil des stigmatisierenden und sozial verächtlichen Umganges mit der Sexarbeit wäre.

Unzweifelhaft ist, dass es soziale Schmähungen der im Feld der erotischen und sexuellen Dienste Aktiven im erheblichen Umfang gibt. Der Bremer Soziologe Olaf Bernau, der federführend im Bremen Netzwerk gegen Diskriminierung ist, formuliert: »Diskriminierung ist Körperverletzung - Wenn man ständig Beleidigungen ertragen muss und ausgegrenzt wird, ist die seelische Gesundheit in Gefahr« (11). Es ist zweifelsfrei, dass auch die Schmähung von Menschen aufgrund ihres Berufs Sexarbeit menschenrechtlich unzulässig ist.

Der Pressekodex verpflichtet journalistisch auf seiner Grundlage tätige Personen und Verlage zum *SCHUTZ DER EHRE*, zur *WAHRHAFTIGKEIT*, zur *ACHTUNG DER MENSCHENWÜRDE* und zur Unterlassung von *DISKRIMINIERUNGEN* (2, *Großschreibung im Original*). Dieses enthält die Verpflichtung in besonderem Maße sensibel und differenziert zu berichten und zu kommentieren, wenn Aktive des Feldes der erotischen und sexuellen Dienste zum Gegenstand journalistischen Interesses werden. Die Klassifizierung *Rotlicht-Milieu*, die die Autorin Hellwig als Titel ihres Kommentars wählt, wird diesem Anspruch offensichtlich nicht gerecht.

3.1.5 Kontext 5

Schlaglichter der rechtlich-moralischen Bewertungen der Sexarbeit

Die soziale Ächtung von Sexarbeitenden hat eine Tradition, die wenigstens bis zur Reformation zurückzuverfolgen ist. Die vorhergehende gelegentliche Toleranz gegenüber der Sexarbeit, die z.B. der römisch-katholischen Kirche zu eigen war, wurde im Zuge der Reformation zurückgedrängt. Die rigide Ablehnung der Sexarbeit ist insofern, Bourdieu folgend, als habituell gesichert zu verstehen (https://de.wikipedia.org/wiki/Habitus_%28Soziologie%29#Habituskonzept_nach_Bourdieu) und im Diskurs sowie im Alltag der Mitglieder einer christlich nach-reformatorisch geprägten Gesellschaft wirksam. Sie hat im Rahmen der reformatorisch christlichen Moral eine Reihe von Ausprägungen erfahren, die hier in Schlaglichtern Erwähnung finden.

Die ursprüngliche

Haltung der römisch katholischen Kirche wird hier verdeutlicht.

»Die „Imperia“ im Konstanzer Hafen erinnert an das Konzil von Konstanz (1414–1418), **bei dem nicht nur viele Geistliche und Fürsten, sondern auch eine große Anzahl von Prostituierten zugegen waren.** Die **Skulptur** des renommierten deutschen Bildhauers Peter Lenk **zeigt eine Kurtisane**, die auf ihren erhobenen Händen **die Vertreter der damaligen Machtallianz trägt: Kaiser und Papst, beide nackt**, aber mit den Insignien ihrer Macht versehen. Vertreter der Kirchen und konservative Politiker wehrten sich entschieden gegen das 1993 aufgestellte Denkmal, doch ihr Protest war vergeblich: Heute ist die „Imperia“ nicht nur eine große Touristenattraktion, sondern gilt auch als Wahrzeichen der Stadt Konstanz.« (12, S. 2, Hvhbg. K.F.)

Mit der

Reformation wurde diese Toleranz von evangelisch / calvinistischer Rigidität abgelöst. Sexarbeitende galten Martin Luther als »ursach und reizung ... zu allen Sünden und lastern und wüstem leben« die sofern »der Mann seines Weibs und Kinder ere bewaret« sehen wolle, aus dem »huse« zu verbannen sei (14 S. 52), im Zweifel mit Pranger, Brandmarkung, Züchtigung und Verbannung (ebenda, S. 58 ff, ein Beispiel aus der Hansestadt Bremen)

Im

deutschen Faschismus wurden Sexarbeitende als »moralisch schwachsinnige Asoziale« (13, S. 19), der auch tödlichen, wenn nicht mörderischen Zucht und Disziplin z.B. einer Käthe Petersen (14, S. 300 f) unterworfen, und wahlweise den KZ's oder den Wehrmachtsbordellen (<https://de.wikipedia.org/wiki/Wehrmachtsbordell>) zugeführt. Käthe Petersen, die diese "Fürsorge-Ideen" in der BRD weiter an prominenter Stelle verfolgte, wurde u.a. mit dem Bundesverdienstkreuz, geehrt.

In der

BRD wurden Sexarbeitende bis zur Rechtswirksamkeit des »Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten« (ProstG, <http://www.gesetze-im-internet.de/prostg/>) analog zum Berufsverbrechertum bewertet ("Astrologientscheidung" vom 4.11.65, BVerwGE 22). Sexarbeit galt dem BGB als sittenwidrige Tätigkeit und dem Gewerberecht als sozial unwerte Tätigkeit.

Wobei diese Bewertung z.B. im

Bundesland Bremen noch bis zum Jahr 2012 bzw. 2014 dazu führte, das Sexarbeit nicht als Tätigkeitsangabe in einer Gewerbebeanmeldung akzeptiert wurde (16), was ein unmittelbarer Verstoß gegen die Rechtsfolgen war, die das ProstG beabsichtigte und die Beurteilung, das ProstG sei gescheitert (17, S. 1 f) nur insofern zulässig ist, als sich Verwaltungen in der BRD der Umsetzung des Gesetzes, letztlich unter Missachtung des Grundsatzes der Einheit der Rechtsordnung rechtswidrig handelnd, verweigert haben. (https://de.wikipedia.org/wiki/Einheit_der_Rechtsordnung)

3.1.6 Kontext 6

Abolitionistische Begriffsverzerrungen und -verwirrungen

Sexarbeit als (moderne) Sklaverei, Legalisierung = Entkriminalisierung etc

Mit dem Ende des 19. Jahrhunderts gewann die abolitionistische Bewegung, die sich für die Abschaffung der Sexarbeit einsetzte, als Bewegung gegen den Frauenhandel und die weiße Sklaverei, erheblich an Bedeutung. Dietmar Jazbinsek schreibt:

»Die Verschleppung junger Frauen in Bordelle galt um 1900 als ein großes soziales Problem. Der weltweite Kampf gegen die „white slavery“ (dt. „internationaler Mädchenhandel“) beruhte jedoch auf einer Fiktion. Deutsche Kriminologen und angloamerikanische Sozialwissenschaftler haben nachgewiesen, dass die Zwangsprostitution als Form des organisierten Verbrechens in Wirklichkeit nicht existierte. Der Glaube daran wurde jedoch aus politischen Gründen am Leben erhalten: Zum einen eignete sich die Horrorgeschichte vom ausländischen Mädchenhändler zur Mobilisierung von Ressentiments, zum anderen richtete sich die Kampagne zur Rettung unschuldiger Mädchen gegen eine Anerkennung der Prostitution als Profession.«
(18, Abstracts)

Obwohl es sich beim Frauenhandel, bei der „white slavery“ um ein abolitionistisch kreiertes Phantom, nicht um ein reales Phänomen handelt(e), bewirkte die damalige und die heutige Inszenierung des Themas Rechtstatsachenannahmen und internationale Rechtsetzung, die auch in der BRD, auf einer Phantomjagd (siehe 3.1.7) und Begriffsverwirrungen beruhend, Bestand haben. Norbert Holtz macht auf diesen Hintergrund aufmerksam. Der Einfluss der abolitionistischen Bewegung hat

»zu einer **doppelten Verzerrung** der heutigen gesellschaftlichen und politischen Diskussion« beigetragen. »Der Bezug zur aktuellen Gesetzesdiskussion ergibt sich dadurch, dass es den Aboliten_innen, ... im Rahmen einer erfolgreichen Lobbykampagne Ende des 19., zu Beginn des 20. Jahrhunderts gelungen ist, die Begriffe „Sklaverei“ und Mädchen- / Menschenhandel“ von der gerade abgeschafften Sklaverei in Amerika und der noch bis ins 20. Jahrhundert fortbestehenden arabisch-afrikanischen Sklaverei **als Metaphern in den Bereich der Sexdienstleistung** zu übertragen und ... **juristisch in internationalen Abkommen** zu positionieren. ... Damit haben wir **zwei Begriffe von „Menschenhandel“**: den umgangssprachlichen Begriff, der sich auf die Geschichte der afrikanischen Sklaverei bezieht, und den juristischen, der sich auf den §181 StGB von 1973 und in veränderter Form nach dem 37. StrÄG vom 11. Februar 2005 auf den § 232 StGB bezieht. Diese Paragraphen wiederum sind über die internationalen Abkommen, die ausdrücklich als Begründung für die Gesetzgebung angeführt werden, **letztlich selbst Ausfluss der Lobbyarbeit der Aboliten_innen**. ... in dieser doppelten Begriffsverzerrung [bleibt] offen« **was gemeint ist. Sind damit »Straftaten im Sinne des §232« gemeint oder wird »die Begriffsverwirrung zur afrikanischen Sklaverei [genutzt] um damit politische Zielsetzungen, die auf eine Repression der Sexdienstleistung hinauslaufen, voran zu bringen? ... Mag die Begriffsübertragung und Metaphernbildung „Menschenhandel“ und „Zwangsprostitution“ zunächst als Ausdruck großer Sorge um Missstände rund um die Sexdienstleistung gewertet werden können, ... so dient sie heute vor allem dazu, eine Schiefelage in der politischen Debatte zu platzieren.«** (19, S. 2 f, Hvhbg K.F.)

In der verwirrenden Verwendung der Begriffe Entkriminalisierung / Legalisierung, der Ablehnung des Begriffs Sexarbeit und der Weigerung die Tatsache anzuerkennen, dass Sexarbeit wie andere Berufstätigkeiten freiwillig ausgeübt wird (*die sogenannte Sexarbeit, so sie „einvernehmlich“ ist*), ordnet sich die Autorin Hellwig »politischen Zielsetzungen, die auf eine Repression der Sexdienstleistung hinauslaufen« (19) also der abolitionistischen Bewegung zu, die, so wie sie, Begriffe missbräuchlich, irreführend und verzerrend verwendet. Sie unterschlägt wesentliche Tatsachen (z.B. zum Nordischen Modell), erhebt unwahre Tatsachenbehauptung (3.1.2, 3.1.3 und 3.2) und befördert durch ihre verzerrende Verwendung der Begriffe Legalisierung und Kriminalisierung, eine Skandalisierung der Sexarbeit, die an die abolitionistische Tradition der Begriffsverzerrung zwecks Skandalisierung der „white slavery“ vergangener Jahrhunderte anschließt.

»Ängste, die sich auf Minderheiten und ihr Agieren in der Gesellschaft projizieren, können zusammenkommen und sich dann wechselseitig verstärken. Dann können zwei Hexenjagden symbiotisch verschmelzen und eskalieren. Dies war ... im ersten Drittel des 20. Jahrhundert der Fall.« (19, S. 6)

Die Autorin Hellwig unternimmt dies auf der Grundlage des Ansehens des Weser-Kurier, das auch durch dessen jedeswortwert Imagekampagne gestützt wird, demzufolge er sich verpflichtete »alle Fakten zu nennen, auch die, die zwischen den Zeilen stehen, alles mitzuteilen, was die ganze Wahrheit braucht, unabhängig zu berichten, Hintergründe aufzudecken«. Das rechtfertigt die Annahme, dass die Autorin Hellwig willentlich manipulativ agiert, was unter der Berücksichtigung ihrer Stellung als Chefredakteurin und in Verbindung mit dem vom Weser-Kurier beworbenen Selbstverständnis der Seriosität und Wahrhaftigkeit nach dem Pressekodex - selbst im Falle eines Kommentars - offensichtlich unzulässig ist.

3.1.7 Kontext 7

Umfang von Verurteilungen aufgrund der §§ 180a, 181a und 232 StGB
Zahlen und Begriffe
Öffentliche Wahrnehmung des Feldes erotischer und sexueller Dienste

Es gibt keine zuverlässigen Zahlen

zum Umfang erotischer und sexueller Dienstleistungen in Deutschland (20, S. 2). Mit dem medial einprägsamen Begriff „Bordell Deutschland“ (21) wurde, ohne dass belastbare Zahlen vorlagen, suggeriert, dass erotische und sexuelle Dienste im Verhältnis zu den Zeiten vor Inkrafttreten des ProstG (22) in erheblichem Maße zugenommen haben und dass dies zu einem Anstieg von Straftaten geführt hat, die wie der Bund deutscher Juristinnen (bdj) die §§ 180a, 181a und 232 StGB wertet »kommerzialisierte Vergewaltigungen« (23, S. 10) sind.

Begriffe

wie Frauenhandel, Prostitution, Zuhälterei, Zwang, Schlepperei, Sklaverei, Menschenhandel werden in der öffentlichen Diskussion derzeit vermischt. Eine sachlich differenzierte Diskussion wird so erheblich erschwert. Es wiederholt sich das, was Jazbinsek (18, S. 2) in Bezug auf die abolitionistische Kampagne um die angebliche „weiße Sklaverei“ unter den Begriff der hysterischen Epidemie einordnet. Die Synonymisierung von Entkriminalisierung und Legalisierung in den Artikeln der Autorin Hellwig entspricht der abolitionistischen Strategie von Verzerrung / Verschmelzung / Vermischung zum Zwecke sozialer Hysterie und Panik bezüglich ausufernder, umfassender, organisierter Kriminalität im Zusammenhang mit erotischen / sexuellen Diensten.

Der Umfang der Kriminalität

im Zusammenhang mit »kommerzialisierter Vergewaltigung« (Straftaten entsprechend §§ 180a, 181a und 232 StGB), ist entgegen der öffentlichen Wahrnehmung des „Bordells Deutschland“ und der „staatlichen Förderung des Menschenhandels durch das ProstG“ rückläufig.

»Tatsächlich erklärte die letzte Bundesregierung auf die Frage, ob seit Einführung des ProstG eine Ausweitung des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung erkennbar sei, dies könne „nicht eindeutig beantwortet werden“. ... **So ist zumindest gemäß den offiziell vorliegenden Zahlen ein deutlicher Rückgang im Bereich des Menschenhandels seit Einführung des ProstG zu erkennen. Im Vergleich von 1.235 registrierten Opfern von Menschenhandel im Jahr 2003 mit 640 Opfern im Jahr 2011 stellt auch die Bundesregierung einen Rückgang um gut 48 Prozent fest.** Allerdings sei „von einer hohen Dunkelziffer auszugehen“, so die Bundesregierung. (Bundestagsdrucksache 17/12504)« (24, S. 2). Zur Aufklärung dieser Dunkelziffer beabsichtigt die Bundesregierung allerdings nichts zu unternehmen: »Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Haltung, keine Studie zur Ermittlung des Dunkelfelds des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung in Deutschland in Auftrag zu geben (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundestagsdrucksache 17/12504)? Aus Sicht der Bundesregierung hat sich an den der damaligen Antwort zugrunde liegenden Überlegungen nichts geändert.« (25, S. 7).

Die Auswertung der Daten zu Straftaten entsprechend der §§ 180a, 181a und 232 StGB (Statistisches Bundesamt Strafverfolgung, Verurteilungssstatistik vom 14.01.2015, Bundeskriminalamt, Lagebild Menschenhandel vom 20.10.2014, polizeiliche Kriminalstatistik vom 19.10.2014) ergibt, dass in 2013 insgesamt 94 Personen wegen solcher Straftaten verurteilt wurden. Statistisch plausibel ist es, dass dabei 112 Menschen rechtskräftig als Opfer ermittelt wurden. Leider liegen keine statistischen Angaben vor, aus denen die Anzahl der Opfer hervorgeht, die rechtskräftig als solche ermittelt wurden. »Zur Zahl der damit einher gehenden Opfer kriminellen Handels liegen keine Angaben vor. Hilfsweise kann man die Kennziffer der „mutmaßlichen Opfer pro tatverdächtiger Person“ aus der BKA-Statistik heranziehen. Diese lag bei „Ausbeutung von Prostituierten bei 1,4, bei Zuhälterei bei 1,1 und bei „Menschenhandel“ bei 1,2. Legt man diese Quoten zugrunde, käme man für das Jahr 2013 auf insgesamt 112 gerichtlich erwiesene Opfer von Rotlichtdelikten.« (26, S. 14 f)

Das Bordell Deutschland ist ein relativ sicherer Ort für Menschen, die erotische und sexuelle Dienstleistungen anbieten. Es mag sein, dass das ProstG zu einer Ausweitung erotischer und sexueller Dienstleistungen beigetragen hat. Zugleich sind aber nach seinem Inkrafttreten Straftaten des Deliktbereichs »kommerzialisierte Vergewaltigung« deutlich rückläufig.

Das ProstG schreibt durch die so gegebene grundrechtliche Anerkennung erotischer und sexueller Dienste als Beruf und die damit einhergehende Zulässigkeit förderlicher Bedingungen unter denen erotische und sexuelle Dienste seit 2002 (Abschaffung des Straftatbestandes der Förderung der Prostitution, § 180a alte Fassung bis 2002) als zivilrechtlich gültiges Rechtsgeschäft stattfinden können, eine an amtlichen Zahlen nachprüfbare Erfolgsgeschichte deutscher Bordelle, und in Deutschland ausgeübter Sexarbeit. Das ‚Bordell Deutschland‘, es ist ein international anerkanntes, ein nachgefragtes Qualitätsprodukt.

3.2 Die unter Beschwerde gestellten Aussagen der Autorin im einzelnen

(A)

Rotlicht-Milieu - Huren - Beschönigung (durch den Begriff Sexarbeit) - Stricher - geschmacklos - Puffmutter - Pferdchen - Jargon - abliefern

Die genannten Begriffe, diffamieren und kriminalisieren das Feld der erotischen und sexuellen Dienste und die in ihm Aktiven.

a) Rotlicht-Milieu (grob fahrlässiger Blick auf das Rotlicht Milieu, die Umstände des Rotlicht-Milieus)

Frau Hellwig benennt den Gegenstand ihres Artikels im Titel und im Text als Rotlicht-Milieu. Diese von ihr gewählte Be- und Kennzeichnung des Feldes der erotischen und sexuellen Dienstleistungen, enthält die Behauptung, das Drogenhandel, Menschenhandel, Erpressung essentieller Bestandteil des so bezeichneten Feldes sind (siehe: <https://de.wikipedia.org/wiki/Rotlichtmilieu>). Die Verwendung dieses Begriffes zur Beschreibung und Definition des Feldes der erotischen und sexuellen Dienstleistungen stellt eine pauschale Kriminalisierung dar.

Die in diesem Feld Aktiven werden auf den Status Opfer oder Täter*in reduziert. Diese Kennzeichnung der im Feld aktiven Menschen (Sexarbeitende, aktive und ehemalige Kundschaft, Dienstleistende für diese beiden Gruppen - aktuell wohl viele Millionen in der BRD lebende Menschen) widerspricht den Kriterien die der Pressekodex für »Verleger, Herausgeber und Journalisten ... bei ihrer Arbeit« nennt (Pressekodex PRÄAMBEL). Die Kennzeichnung des gesamten Feldes der erotischen und sexuellen Dienstleistungen durch den kriminalisierenden Begriff des Rotlicht-Milieus ist offensichtlich unwahr und nicht beweisbar, auch wenn es in diesem Feld zu spezifischen Straftaten, wenn auch auf niedrigen und rückläufigen Niveau, wie alle behördlichen Daten trotz erheblicher Rechtsverschärfungen zeigen (2005, Strafrechtsänderung StGB §§ 232, 233 und 233a) kommt (siehe 3.1.7)

- Es handelt sich um einen Verstoß gegen »Ziffer 2 - SORGFALT - Zur Veröffentlichung bestimmte Informationen in Wort, Bild und Grafik sind mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen« des Pressekodex, um die Verbreitung unwahrer Tatsachenbehauptungen
- Der Verstoß erfüllt den Straftatbestand der üblen Nachrede. Er steht im Gegensatz zur Ziffer 1 - WAHRHAFTIGKEIT UND ACHTUNG DER MENSCHENWÜRDE des Pressekodex. Von dieser üblen Nachrede, sind z.B. die Mieterinnen des Haus9, deren Kundschaft dessen Eigentümerin und deren Dienstleistende, zum Beispiel der Autor dieser Beschwerde persönlich betroffen.
- Die ohne journalistische Sorgfalt erfolgte Kennzeichnung des Feldes der erotischen und sexuellen Dienstleistungen und der in ihm Aktiven als Rotlicht-Milieu(angehörige) verstößt gegen den Pressekodex »Ziffer 9 - SCHUTZ DER EHRE - Es widerspricht journalistischer Ethik, mit unangemessenen Darstellungen in Wort und Bild, Menschen in ihrer Ehre zu verletzen«
- Die Entscheidung in der Sexarbeit tätig zu werden, diese als Dienstleistung wahrzunehmen oder für diese mit Dienstleistungen und Infrastruktur zur Verfügung zu stehen, muss auch als sittliche Überzeugung derer, die in diesem Feld aktiv sind, gewertet werden. Sie genießen insofern den grundrechtlichen Schutz ihrer Weltanschauungen, Glaubensbekenntnisse (Artikel 4 GG) und darin eingeschlossen ihrer sittlichen Überzeugungen. Daneben ist die Sexarbeit eine grundrechtlich geschützte Berufstätigkeit. Kundschaft, Dienstleistende für Sexarbeitende und Sexarbeitende genießen den besonderen Schutz der Berufsausübungsfreiheit. Die Kennzeichnung des Feldes der erotischen und sexuellen Dienstleistungen als Rotlicht-Milieu ist insofern ein Verstoß gegen den Pressekodex »Ziffer 10 RELIGION, WELTANSCHAUUNG, SITTE Die Presse verzichtet darauf, religiöse, weltanschauliche oder sittliche Überzeugungen zu schmähen.«
- Die vielen Millionen im Feld der erotischen und sexuellen Dienstleistungen aktiven oder ehemals aktiven, Menschen, bilden eine soziale Gruppe. Die Diskriminierung solcher Gruppen als zum Rotlicht-Milieu gehörend, verstößt gegen die »Ziffer 12 - DISKRIMINIERUNGEN Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden« des Pressekodex.

- Die Kennzeichnung des Feldes der sexuellen und erotischen Dienstleistungen als kriminalitätsgeprägt, die mit dem Begriff des Rotlicht-Milieus erfolgt, verstößt, wenn auch nur mittelbar zudem gegen den Grundsatz aus »Ziffer 13 - UNSCHULDSVERMUTUNG - Die Berichterstattung über Ermittlungsverfahren, Strafverfahren und sonstige förmliche Verfahren muss frei von Vorurteilen erfolgen. Der Grundsatz der Unschuldsvermutung gilt auch für die Presse ...Zwischen Verdacht und erwiesener Schuld ist in der Sprache der Berichterstattung deutlich zu unterscheiden« des Pressekodex. Die Zuordnung der in diesem Feld Aktiven zum Rotlicht-Milieu, insbesondere die Zuordnung der Kundschaft zu diesem Milieu durch Rückgriff auf die schwedische Kriminalisierung der Menschen, die zu dieser sozialen Gruppe gehören, wie dieser im zweiten Absatz des Artikels der Autorin Hellwig erfolgt, ist neben der Kriminalitätsbehauptung implizit zudem ein Verstoß gegen den Verfassungsgrundsatz der Unschuldsvermutung, der seinen Ausdruck in der Ziffer 13 des Pressekodex findet.

b) Huren - Stricher - geschmacklos - Puffmutter - Pferdchen - Jargon - abliefern

Die Autorin nutzt zur Kennzeichnung des Feldes der erotischen und sexuellen Dienstleistungen als Rotlicht-Milieu im weiteren Text zudem abwertende Begriffe, mit denen sie die präjudizierende Abwertung durch den Begriff Rotlicht-Milieu verstärkt. Die Begriffe fördern stigmatisierende, schmähende Haltungen gegenüber dem Feld der erotischen und sexuellen Dienstleistung und den in diesem Feld aktuell und ehemals aktiven Menschen. Zu den Begriffen gehören unmittelbar wenigstens die Begriffe Huren - Stricher - Puffmutter - abliefern und die Wertung geschmacklos.

c) Hure

Die Bezeichnung ist für Sexarbeitende zulässig, sofern Sexarbeitende sich selbst als Teil der politischen Hurenbewegung bezeichnen und ansprechen (13, S.13 f). Die abwertende Fremdkennzeichnung aller Sexarbeitenden als Huren (siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Hure>), obwohl der Organisationsgrad der Sexarbeitenden, wie im Artikel festgestellt, gering ist, ist insofern unzulässig. Es handelt sich bei der Verwendung des Begriffes Hure durch die Autorin Hellwig um:

- einerseits eine Abwertung der Menschen, die erotische und sexuelle Dienstleistungen erbringen, und
- andererseits um eine unwahre Tatsachenbehauptung.

Offensichtlich ist, dass nicht alle Menschen, die erotische und sexuelle Dienstleistungen erbringen, sich selbst als Hure verstehen oder bezeichnen. Spätestens mit der ersten deutschen Hurenbewegung wurde vielmehr der Begriff der Sexarbeit, als neutrale Bezeichnung für erotische und sexuelle Dienstleistungen eingeführt (13, S.12 und 13 a).

Es handelt sich bei der Verwendung des Begriffes Hure, der spätestens seit Luther einem allgemeinen Unwertsurteil in evangelisch und calvinistisch geprägten Kulturräumen wie Bremen darstellt (14, S.58 ff), um einen Sorgfaltsmangel und in Bezug auf die Gesamtheit der Sexarbeitenden um eine offensichtlich unwahre Tatsachenbehauptung. Die Etikettierung Hure ist, ebenso wie der Begriff Nutte (<https://de.wikipedia.org/wiki/Nutte>), negativ konnotiert und stellt für Sexarbeitende, die nicht über die Stützung durch die organisierte Hurenbewegung verfügen, eine Abwertung, Stigmatisierung, eine Beleidigung in Hilflosigkeit und eine fremdbestimmende Zuschreibung dar. Die Nutzung des abwertenden Begriffes Hure, bei gleichzeitiger Ablehnung des Begriffes Sexarbeit (s.u.) gegenüber Personen, insbesondere gegenüber Migrierten, die nicht über den Rückhalt der Organisation in der Hurenbewegung verfügen und die aufgrund ihres Aufenthaltes in einem fremden Land tendenziell hilf- und wehrlos sind, verstärkt die Hilf- und Wehrlosigkeit insbesondere von migrierten Sexarbeitenden. Es wäre weltfremd nicht anzunehmen, dass diese redaktionelle Tätigkeit nicht sogar direkt zur Produktion dieser Hilf- und Wehrlosigkeit Sexarbeitender führt.

Im Zusammenhang mit den persönlichen und betrieblichen gewerblichen Interessen, die bei einer Chefredakteurin zweifelsfrei vorliegen, ist die Nutzung abwertender Begrifflichkeiten gegenüber Sexarbeitenden nach § 232 StGB eventuell als eine strafbare Handlung zu bewerten. Die Tätigkeit Sexarbeitender wird von der Autorin, die als Chefredakteurin Verlags- und eigene finanzielle Interessen (Gehalt / Auflagenhöhe durch „Sex and Crime sells“) verfolgt, durch die Verwendung der abwertenden Bezeichnung Hure instrumentalisiert. Dabei stehen die von ihr für Sexarbeitende erbrachten Leistungen in einem offensichtlich auffälligem Missverhältnis zu den aus deren Tätigkeit erzielten Einkünften. Das kann als eine Form der Ausbeutung der sexuellen Handlungen von Menschen, und insofern als sexueller Übergriff gegen die sexuelle Selbstbestimmung verstanden werden. Die Autorin verbringt mittels sozial-medialer Chefredaktionsmacht unter Nutzung des Bremer Print-Leitmediums Weser-Kurier insbesondere migrierte Sexarbeitende so - absichtsvoll ? - in die abgewertete, marginale, abhängige, hilf- und wehrlose »Zwangslage des Stigmas« (10, S.43: »Abschliessend beschreiben Link und Phelan das Stigma als eine Zwangslage«). Der Strafraum dafür ist erheblich (StGB § 232).

d) Stricher - Puffmutter - geschmacklos

Huren und Stricher (A) treibt meist die pure materielle Not in das Gewerbe und zu vermeintlich einvernehmlichem Sex (D). Es ist mehr als geschmacklos (A) (D), von gegenseitigem Einvernehmen sprechen zu wollen, wenn eine junge Drogenabhängige auf dem Straßenstrich auf den nächsten Freier hofft.

Der Abwertungs- bzw. Unwahrheitsgehalt des Begriffes

- Stricher (https://de.wikipedia.org/wiki/M%C3%A4nnliche_Prostitution)

ist angesichts der verallgemeinernden Assoziation von Outdoorsexarbeit mit der Tätigkeit als Stricher (siehe: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Stricher>) offensichtlich. Die Bewertung geschmacklos, mit Bezug auf die Aussage, dass einvernehmliche Dienstleistungen nur vermeintlich solche sind, sowie der Kontext der drogenverursachten Beschaffungssexarbeit, den die Autorin herstellt (Straßenstrich), ist pauschal, vereinseitigend und insofern wahrheitswidrig.

Der Begriff der

- Puffmutter »Frau, die die Aufsicht über die Prostituierten in einem Bordell führt« (27),

beinhaltet die Behauptung strafbarer dirigistischer (»Aufsicht«) Zuhälterei. Die Feststellung des ‚starken Zweifels‘ dass das Bild der treu sorgenden Puffmutter der Realität entspricht untermauert die Behauptung, das Betreibende von Sexarbeitsorten im Rahmen ihrer Betriebstätigkeit in aller Regel (eine treu sorgenden Puffmutter ist keine Realität) dirigistische Zuhälterei (»Aufsicht«) praktizieren.

Diese Behauptung stellt auch Lara Freudmann, die Inhaberin des „Haus9“ »Vermietung von Betriebsstätten zur gewerblichen Tätigkeit an selbständig in der Sexarbeit tätige Menschen, Niedersachsendamm 9, 28277 Bremen,« unter Verdacht. In Verbindung mit der Kategorie Rotlicht-Milieu, handelt es sich um eine Beschuldigung, die ohne jede Evidenz, den Vorwurf krimineller Handlungen (Aufsicht, im Rotlicht-Milieu, treu sorgend keine Realität) auch gegenüber Lara Freudmann, erhebt. Sie ist als Betreiberin in Bremen unter diesem Arbeitsnamen bekannt. Im Rahmen der Auseinandersetzung um ihre Ende 2009 in der Bremer Neustadt eröffnete Betriebsstätte wurde sie ebenfalls als Puffmutter (28) bezeichnet und u.a. vom Weser-Kurier (28), von Buten&Binnen (29) und in der Broschüre »Käufliche Liebe - Die Frau als Ware« (30), ohne jeden Nachweis, mit Zuhälterei (29), Rotlicht-Milieu (28) und Zwangsprostitution (30, S. 34 ff) in Verbindung gebracht, obwohl diese nachweislich in den von ihr zur Miete überlassenen Betriebsstätten nicht stattfand und jeder Verdacht solcher Straftaten von ihr zur Anzeige gebracht wurde und wird. Dabei beriefen sich die genannten Medien im wesentlichen auf die Aussagen der Mitglieder einer Bürgerinitiative gegen diese Betriebsstätte, deren Aussagen so das Verwaltungsgericht Bremen, unwahr waren (31) (»Eigentümer eine namentlich bekannte männliche Person«).

Mit dem Begriff der Puffmutter, den die Autorin Hellwig pauschalisierend für die Betreibenden von »Betriebsstätten zur gewerblichen Tätigkeit an selbständig in der Sexarbeit tätige Menschen« verwendet, assoziiert die Autorin Hellwig kriminelle Handlungen, die sich unmittelbar, aufgrund der bisherigen verurteilenden medialen Aufmerksamkeit, die Lara Freudmann in Bremen erfahren musste, auch persönlich gegen sie und ihren Ehemann, den Autor dieser Beschwerde, richten. Das war für die Autorin unschwer erkennbar, da es seitens des Autors dieser Beschwerde als Sprecher des „Haus9“ laufende Kontakte zum Weser-Kurier gab und auch er dem Weser-Kurier persönlich bekannt ist (32), was der Chefredakteurin nicht entgangen sein dürfte.

Eine Rufschädigung, die mit den Prinzipien des Pressekodex unvereinbar ist.

e) abliefern - eigentümlicher Blick

«Es ist schon ein eigentümlicher Blick auf das Gewerbe, wenn man davon ausgeht, dass Frauen, die sich prostituieren ... nicht ausgebeutet werden, wenn sie einen Teil ihrer Einkünfte abliefern, ohne vorher bedroht zu werden»

Der Begriff abliefern kennzeichnet im Zusammenhang seines Gebrauches die Handlung der Zahlung von Kosten durch Sexarbeitende als eine Straftat Dritter (StGB 232, 180 a, 181 a) zu der diese Sexarbeitende bestimmen. Bei Zahlungen, die Sexarbeitende z.B. an Dienstleistende des Feldes der erotischen und sexuellen Dienstleistungen zu leisten haben, handelt es sich in der Regel um Vertragshandlungen, u.a. um die Zahlungen für Kondome, Fahrdienste, Werbung oder Betriebsstättennutzung. Sie sind im Sinne des ProstG rechtskonform (22), gerade weil sie für die Sexarbeit förderliche Bedingungen schaffen. Diese Zahlungen sind so selbstverständlich wie der Erwerb einer Tageszeitung. Es handelt sich bei Ihnen um Rechtsakte, die alljährlich im Feld der erotischen und sexuellen Dienstleistungen millionenfach unbeanstandet zwischen Sexarbeitenden, Dienstleistenden und Vermietenden des Feldes erfolgen.

Die Alltäglichkeit dieser Vertragsverhandlungen wird selbst dann ersichtlich, wenn der Umfang des Feldes der sexuellen Dienstleistungen, im dank des ProstG Sicherheit gewährenden ‚Bordell Deutschland‘ (3.1.7), in nicht nachvollziehbarer Form, niedrig angesetzt wird. Selbst bei einer Schätzung, die lediglich von 50.000

in angemieteten Betriebsstätten der Sexarbeit nachgehenden Menschen in der BRD ausgeht, würden diese wöchentlich Mietzahlungen und Zahlungen für Werbung zu leisten haben. Bereits diese Vertragshandlungen würden einen Umfang von 5,2 Millionen Vertragsakten/Jahr ergeben. Realistischer ist es von einer weit größeren Zahl solcher Mietverhältnisse und Annoncen auszugehen. Realistisch ist es davon auszugehen, dass Zahlungen nicht wöchentlich, sondern auch im nicht geringen Umfang täglich erfolgen.

Strafrechtliche Einwendungen gegen solche Vertragshandlungen sind sehr selten. Wie in 3.1.7 dargestellt, kam es 2013 nur zu 94 Verurteilungen wegen Handlungen im Zusammenhang von »kommerzialisierter Vergewaltigung« nach den einschlägigen §§ 232, 180 a, 181 a des StGB. Der Begriff abliefern vollzieht eine Abwertung / Verzerrung / Verschmelzung dieser multimillionenfachen, alltäglichen, unbeanstandeten Vertragshandlungen zwischen Sexarbeitenden und deren Vertragspartner*innen in Richtung Kriminalität. Eine neutrale Beschreibung wäre zum Beispiel „Zahlung für erbrachte Leistungen“. Der verwendete Begriff, des Ablieferns in Zusammenhang mit der Unterstellung der Ausbeutung, also im Sinne einer nach StGB §§ 180 a, 181 a und 232 strafbaren Handlung, ist ehrenrührig sowohl für die Sexarbeitenden, als auch für die Menschen mit denen sie in Vertragspartnerschaft stehen.

f) Pferdchen und Jargon

Mit der Nutzung der Begriffe ist die Kennzeichnung verknüpft, dass Unrechtsverhältnisse das Feld der erotischen und sexuellen Dienstleistungen, das als Rotlicht-Milieu gekennzeichnet wurde, regelhaft durchziehen. Im Sinne des Pressekodex werden mit dem Pferdchen-Jargon wenigstens die *Grundsätze der Sorgfalt, der Achtung der Menschenwürde, der Vermeidung von Vorverurteilung und des Diskriminierungsverbotes*, die der Pressekodex nennt, verletzt.

* * * * *

Die Autorin klassifiziert das Feld der erotischen und sexuellen Dienstleistungen als ein Milieu, das von verschiedenen Erscheinungsformen der Kriminalität, vom Menschenhandel, der Erpressung, sexueller Ausbeutung / »kommerzialisierter Vergewaltigung« oder auch von Drogendelikten essentiell bestimmt ist. Sie verwendet dafür subsummierend und klassifizierend den Begriff des Rotlicht-Milieus. Dabei handelt es sich, und dies wird spätestens durch die Wortwahl der Autorin offensichtlich, die unter diesem Punkt (A) behandelt wurde, um eine Diffamierung erotischer und sexueller Dienste mittels der Konnotation strafrechtlicher Verfehlung. Sie schürt Ängste und Ressentiments gegenüber erotischen und sexuellen Diensten.

»Ängste, die sich auf Minderheiten und ihr Agieren in der Gesellschaft projizieren, können zusammenkommen und sich dann wechselseitig verstärken. Dann können zwei Hexenjagden symbiotisch verschmelzen und eskalieren. Dies war ... im ersten Drittel des 20. Jahrhundert der Fall.« (19, S. 6)

Die Kriminalitätsunterstellung ist zudem eines der herausragenden Merkmale, über das die Stigmatisierung sozialer Gruppen medial erfolgt. (33, S. 20)

(B)

Seit Inkrafttreten im Jahr 2002 ist die sogenannte Sexarbeit, so sie „einvernehmlich“ ist, eine legale Dienstleistung

Diese Aussage ist sachlich in mehrfacher Hinsicht unzutreffend. Es handelt sich um eine unwahre Tatsachenbehauptung.

1.

Sie kennzeichnet durch die Behauptung das Sexarbeit erst seit 2002 legal sei, die vor 2002 im Feld der Sexarbeit Aktiven implizit in unzutreffender Weise als illegal / kriminell Tätige bzw. in einem illegalen / kriminellen Feld Aktive. Damit wird tatsachenwidrig behauptet, dass das Prostitutionsgesetz von 2002 (22) Kriminellen und ihren Handlungen einen Legalrahmen verschafft hat. Ein Verstoß wenigstens gegen den Grundsatz der Wahrhaftigkeit, der journalistischen Sorgfalt, der Unschuldsvermutung, der Freiheit von Diskriminierung, der Achtung der Würde und der Achtung der sittlichen Orientierung dar. (34)

Richtig ist: Sexarbeit war auch vor dem 01.01.2002 in Deutschland eine nicht per se unter Strafe stehende, zulässige Tätigkeit. Die Zahlung eines Honorars für sexuelle / erotische Dienste war nicht verboten, jedoch war es nicht möglich die Zahlung juristisch durchzusetzen. Sexarbeit war vor 2002 im Zivilrecht eine

Tätigkeit, für die eine Analogie zum Berufsverbrechertum (35) angenommen wurde, die als sozial unwert und als sittenwidrig galt.

Die rechtliche Bewertung als sittenwidrig, sozial unwert, die rechtliche Analogie zum Berufsverbrechertum, kann durchaus als ein Fortbestehen der Bewertung als soziale Schwachsinnigkeit (13, S. 19 f) gesehen werden, der Sexarbeitende vom Deutschen Faschismus unterworfen wurden. Diese Bewertung hatte Sexarbeitende im deutschen Faschismus auch den Gaskammern ausgeliefert, oder sie den Zuhälter*innen des Staates in deutschen Wehrmachts- und KZ Bordellen zur sexuellen Ausbeutung in Sklaverei überlassen.

Mit dem Prostitutionsgesetz des Jahre 2002 wurde die Bewertung der Sexarbeit als sozial unwerte Tätigkeit, die in der Rechtsprechung gültige Analogie zum Berufsverbrechertum und die Sittenwidrigkeit abgeschafft.

Die Sexarbeit jedoch unterlag vor 2002 und unterliegt weiter der straf- und ordnungsrechtlichen Eingrenzung durch eine Vielzahl von Gesetzen und Regelungen, die lediglich für dieses Wirtschaftsfeld Gültigkeit haben. So blieben Straftatbestände (z. B. § 180a und 181a) aus der Ära vor 2002 zum Teil gültig. Deren Bedeutung im Sinne konkreter Verfahren ist aber seit 2002 insgesamt rückläufig (siehe 3.1.7). Das führte zur Beurteilung des Bundeskriminalamtes, es handele sich bei der Sexarbeit nicht um ein Feld, von dem im Verhältnis zu anderen Feldern signifikante kriminelle Gefahren ausgehen. (36, S.2)

Daneben gibt es erhebliche Einschränkungen der Sexarbeit z.B. durch das Baurecht, durch eine Ausgrenzung des Wirtschaftsfeldes aus dem Gewerberecht, durch den Jugendschutz oder durch die, wie der Deutsche Juristinnenbund (23, S. 10) implizit anmerkt, Zulässigkeit von Hassattacken aus Nachbarschaften mit dem Argument der Störung der öffentlichen Ordnung durch den Betrieb von Sexarbeitsstätten in Wohnungen. (28) (29) (30) (31).

Eine Anerkennung der Sexarbeit als freiberufliche Tätigkeit in Analogie z.B. zu Künstlern aus den darstellenden Tätigkeiten oder zu den Freiberuflichen aus den helfenden Berufen, insbesondere für die Segmente der Sexarbeit, die als Sexualbegleitung und Sexualassistenz älteren und behinderten Menschen helfend zur Verfügung stehen, ist ebenfalls bislang rechtlich nicht gegeben. (37 S.2)

2.

Sexarbeitende unterliegen dem Sonderstrafrecht des StGB 184e Ausübung der verbotenen Prostitution und 184 f jugendgefährdende Prostitution. Ihre Tätigkeit ist in großen Teilen des Bundesgebietes aufgrund von Sperrbezirksverordnungen strafbar. (38) Sexarbeitende verstoßen, sofern sie z.B. im Stadtgebiet München, das Sperrgebiet für sexuelle Dienstleistungen ist, Kundschaft aufsuchen, gegen das Strafrecht. Dies trifft selbst dann zu, wenn sie Kundschaft aufsuchen, die behindert und immobil ist. In diesem Fall können sie mit „Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu einhundertachtzig Tagessätzen bestraft.“ (StGB 184e) werden. Das in diesem Zusammenhang die Freiheitsrechte älterer und / oder behinderter Menschen beschnitten werden, ist ebenfalls von Bedeutung.

Es gibt also einen Straftatbestand, der die Tätigkeit von Sexarbeitenden unmittelbar, unter Verletzung der Freiheitsrechte potentieller Kundschaft (die zudem in nicht nur Einzelfällen aufgrund von physischen und psychischen Einschränkungen unterstützungsbedürftig sind) kriminalisiert. Insofern stellt die Behauptung der allgemeinen Legalität der Berufsausübung von Sexarbeitenden nach 2002 einen Verstoß wenigstens gegen den Grundsatz der Wahrhaftigkeit und der journalistischen Sorgfalt dar.

Die Aussage, dass die Sexarbeit mit dem Prostitutionsgesetz von 2002 legal geworden sei, ist insbesondere in der Vermischung des Begriffes der Legalität mit dem der Entkriminalisierung und in Bezug auf die Behauptung AI würde, was die Forderung der Entkriminalisierung angeht quasi Eulen nach Berlin tragen, eine unwahre Tatsachenbehauptung, die der Autorin leicht ersichtlich war, sofern sie sich auch nur oberflächlich mit dem die Sexarbeit regulierenden Strafrecht beschäftigt hätte.

3.

Die Autorin verweigert durch die Verwendung des Terminus sogenannte der von den Menschen im Feld der erotischen und sexuellen Dienstleistungen einvernehmlich verwandten Berufsbezeichnung Sexarbeit die Anerkennung. (16, S. 12) Indem die Autorin den Berufsstatus der Sexarbeit in Abrede stellt, also den Schutz dieser Tätigkeit durch das Grundgesetz, Artikel 12, Freiheit der Berufswahl verneint. Dies begründet sie indem sie die Möglichkeit einvernehmlicher sexueller Handlungen gegen Vorteilsnahme ebenfalls in Abrede stellt (Schon das Wort Sexarbeiter ist nichts als eine Beschönigung Hvhbg. K,F.).

Die Autorin verdeutlicht dies auch dadurch, dass sie die Möglichkeit der Einvernehmlichkeit, die essentiell zur Definition dessen gehört, was Sexarbeit für Sexarbeitende ist: im Einvernehmen erbrachte Dienstleistung sexueller und / oder erotischer Art gegen Honorar, in Anführungszeichen setzend bezweifelt. Dies ist ein Vorbehalt, der zwar für den seltenen Fall sexueller Ausbeutung / »kommerzialisierter Vergewaltigung« (siehe 3.1.7) zutrifft, der jedoch offensichtlich ungeeignet ist, die Gesamtheit der Vertragshandlungen oder auch nur einen erheblichen Teil dieser Vertragshandlungen abzubilden, die

Menschen, die erotische und sexuelle Dienstleistungen anbieten, begründen (siehe auch A, v). Die Verabsolutierung dieses Vorbehaltes impliziert den Entzug des Grundrechtes Artikel 12 GG Berufsfreiheit durch Rückgriff auf eine Begründung, wie sie im Astrologieentscheid des BVerwG (35) massgeblich waren, die jedoch vom ProstG (23) auch aufgrund neuerer Rechtsprechung (39, Cafe psst Urteil) wurden. Dem Entzug von Grundrechten für die soziale Gruppe Sexarbeitender und von Grundrechten insbesondere Ihres von Beeinträchtigungen physischer und psychischer Art betroffenen Klientels, mangelt es sowohl an sachlicher, als auch an grund- und menschenrechtlicher Fundierung.

- Die Sexarbeit war auch vor 2002 prinzipiell zulässig
- Die Ausübung der Sexarbeit war sowohl vor 2002 auch noch nach 2002 auf der Grundlage von Sperrbezirken in erheblichen Teilen des Bundesgebietes durch das Strafrecht kriminalisiert
- Die Autorin beschneidet durch die Aberkennung des Berufsstatus, Sexarbeitende und ihr Klientel in ihren Grund- und Menschenrechten.

Und:

Der vorhandene Legalrahmen, innerhalb dessen erotische und sexuelle Dienstleistungen stattfinden konnten, war bis 2002 ein quasi rechtsfreier Raum behördlichen und vor allem polizeilichen Handelns (40, S.17 f). Auch nach Einführung des ProstG 2002 war er äusserst eng bemessen. Der Erlass von Rechtsverordnungen auf landes- und kommunaler Ebene, die zu einer gewerberechtlichen Anerkennung und Regulierung der Sexarbeit hätten führen können, sollen und müssen (41) wurden unterlassen. Das führte zu einem Fortbestand dessen, was bereits vor 2002 den Charakter von rechtsfreien Räumen behördlichen Handelns, hatte, also die Ermöglichung von Willkür fortschrieb .

Der bereits sehr enge Legalrahmen für das Recht auf Ausübung des Berufes der Sexarbeit (und für die Ausübung der Freiheitsrechte der Kundschaft von sexuellen und erotischen Diensten), wie er durch das ProstG von 2002 wenigstens im Ansatz rechtssicher geschaffen wurde, wird zudem durch die im Artikel angesprochene beabsichtigte Novelle des Prostitutionsgesetzes (9) im erheblichen Maß weiteren Einschränkungen unterworfen.

Auch dagegen wendet sich AI ausdrücklich indem es auf die Problematik solcher Legalisierungen hinweist, die im Ergebnis Freiheits- und Berufsausübungsrechte Sexarbeitender und Freiheitsrechte ihres Klientels in menschenrechtlich unzulässiger Weise einschränken. »Eine Legalisierung von Sexarbeit würde bedeuten, dass der Staat spezifische Gesetze und Richtlinien zur Regelung von Sexarbeit erlässt. Dies könnte zu einem Zweiklassensystem führen, in dem viele Sexarbeiter_innen die Richtlinien nicht erfüllen und somit weiter kriminalisiert werden - was vor allem die Sexarbeiter_innen betreffen würde, die auf der Straße arbeiten und am schutzbedürftigsten sind. Wir lehnen eine Legalisierung nicht grundsätzlich ab, es müsste dabei jedoch sichergestellt sein, dass alle Gesetze, die in diesem Zusammenhang verabschiedet werden, auf die Förderung der Rechte von Sexarbeiter_innen ausgerichtet sind und internationalen Menschenrechtsnormen entsprechen.« (3, S. 1)

Der Artikel stellt diese zentrale Kritik von AI nicht dar. Ein *Verstoß gegen die journalistische Sorgfaltspflicht*.

(C)

Die Rechte deutscher Prostituierter werden dennoch erheblich eingeschränkt, nicht vom Staat, sondern von den Umständen des Rotlicht-Milieus

- Die Beachtung der vorgeblich Geschädigten durch vorgebliche Rechtsverletzungen lediglich sofern sie Deutsche sind, ist gerade aufgrund des aktuellen Rechtsterrorismus gegen Flüchtlinge und Migrierte unangemessen, auch wenn der Pressekodex darauf lediglich in der Ziffer 12 DISKRIMINIERUNGEN (soziale Gruppen, Herkunft) Bezug nimmt.
- Es werden keine Quellen für die Behauptung angeführt, dass erhebliche Rechtsverletzungen gegenüber Sexarbeitenden seitens andere Aktiver (Dritter) des Feldes der erotischen und sexuellen Dienstleistungen stattfinden. Es werden weder Aussagen zu Arten von Rechtsverletzungen, noch zu deren Umfang, der Zahl der Betroffenen oder der Tatbegehenden gemacht.
- Die vorliegenden behördlichen Zahlen zu »kommerzialisierter Vergewaltigung« / sexueller Ausbeutung stehen zudem im direkten Gegensatz zu dem behaupteten erheblich Umfang an sexueller Ausbeutung (Rechte ... erheblich eingeschränkt ... von Umständen des Rotlicht-Milieus) im Feld der erotischen und sexuellen Dienstleistungen (siehe 3.1.7).

Mit *Sorgfaltspflicht* hat diese Aussage der Autorin Hellwig nichts zu tun.

(D)

Mär - Legende - Unfug - Beschönigung

„Es ist laut Experten eine Mär, dass das Gros der Huren (und darunter gilt der Anteil der deutschen Frauen als außerordentlich gering), sich frei- und bereitwillig prostituieren. Es ist eine Legende, dass die Mehrheit der Frauen die Wahl zwischen mehreren Berufen hatte und sich ganz bewusst für die Prostitution entschieden hat. Es ist purer Unfug, dass, was zwischen den Laken in Bordellen, Liebesmobilen, Hotels oder Autos passiert, stets in so etwas wie bestem Einvernehmen geschieht. Schon das Wort Sexarbeiter ist nichts als eine Beschönigung.“

Angeichts der bisherigen Bewertung der unter 3. 2 (A), (B) und (C) aufgeführten Textstellen des Artikels der Autorin Hellwig, handelt es sich bei deren Kennzeichnungen eine Mär ... eine Legende ... um Unfug ... nichts als eine Beschönigung, um einen Verstoß gegen die o.g. Ziffern des Pressekodex. Die Aussagen sind sachlich ungerechtfertigt.

Sofern die in der Sexarbeit tätigen Personen befragt werden, stellen sie zum weit überwiegenden Teil fest, dass sie diese Tätigkeit aus eigener Entscheidung ergriffen haben (42 a). Soweit die Befragung auf Gründe abzielt, die diese Entscheidung auslösten, ist die des Erwerbes eines auskömmlichen oder Sicherheit gewährenden persönlichen Lebensunterhaltes (worin die Sicherung des Lebensunterhaltes der Menschen im sozialen Nahraum mitgedacht wird) sehr häufig. Die Aussagen zur Arbeitszufriedenheit sind höchst unterschiedlich. Von einem Traumberuf spricht nur eine Minderheit der Befragten. (43)

Zudem weisen Fachveröffentlichungen auf die unzureichende Datenlage hin und wiederholen dass erheblicher Forschungsbedarf besteht. Gesicherte Aussagen zu den Motiven von Sexarbeitenden und zu ihrer Arbeitssituation in den hoch diversifizierten Segmenten der Sexarbeit, können nicht gemacht werden. Beispielhaft dafür ist die Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung zur Prostitution (20). Diese Veröffentlichung sollte für die Chefredakteurin eines Presseerzeugnisses, wie es der WK ist, zum Wissenstand gehören, sofern sie das Feld der erotischen und sexuellen Dienstleistung in einem Kommentar zu bewerten beabsichtigen.

Im Zusammenhag mit der Verwendung der Kennzeichnungen Mär - Legende - Unfug stellt die Autorin fest: schon das Wort Sexarbeiter ist nichts als eine Beschönigung (gemeint sind wohl nicht nur Sexarbeiter sondern alle Sexarbeitenden). Damit wird der Berufsstatus Sexarbeit, dessen grundrechtlichen Schutz die Sexarbeitende spätestens mit dem Prostitutionsgesetz von 2002 (zivilrechtlicher Status, Aufhebung der Sittenwidrigkeit) erlangt hatten zur Disposition gestellt. Die Autorin stellt in Abrede, dass es sich bei dieser Tätigkeit um eine Arbeit, eine Berufstätigkeit handeln könne, die, wie das Bundesverfassungsgericht feststellt (44), dem grundrechtlichem Schutz des Art 12 unterliegt. Ausführlich zur Würdigung der Sexarbeit als Beruf im Sinne des Art. 12 GG bereits 1997 R.S. Laskowski: »die Frage, ob Prostitution als Erwerbstätigkeit dem Schutz des Grundrechts der Berufsfreiheit im Sinne des Art. 12 Abs. 1 GG unterliegt ... wird nach eingehender Erörterung der in Rechtsprechung und Literatur üblicherweise zugrunde gelegten Berufsdefinition ... bejaht. [...] Abschließend wird geprüft, ob die bestehenden Gesetze, welche die Prostitutionstätigkeit betreffen und einschränken, verfassungsrechtlich gerechtfertigt sind. Als Ergebnis läßt sich festhalten, daß die Regelungen überwiegend als verfassungswidrig einzustufen sind.« (45) Die Autorin Hellwig missachtet so geltendes Recht. Sie leistet einer Restauration der Rechtsverhältnisse von vor 2002 Vorschub, die durch die Existenz quasi rechtsfreien Räume polizeilichen und behördlichen Handelns (40, S. 17 f) geprägt und hinsichtlich ihrer Verfassungskonformität zweifelhaft waren.

AI hält fest, dass Modelle der Legalisierung von Sexarbeit von Sexarbeitenden abgelehnt werden.

»Im Rahmen unserer Konsultationen mit Sexarbeiter_innen haben sich die meisten für eine Entkriminalisierung von Sexarbeit ausgesprochen, äußerten hingegen jedoch mehrfach **Bedenken** hinsichtlich der Folgen einer möglichen **Legalisierung**. Diese Bedenken haben ihren Ursprung nicht nur in dem bestehenden Misstrauen den Strafverfolgungsbehörden gegenüber, sondern auch in der Befürchtung, dass das **falsche Modell einer Legalisierung** sie noch **weiter entmachten oder sogar Kriminalisierung und Menschenrechtsverletzungen nach sich ziehen könnte**.« (3, S. 1, Hvvhg. K.F.)

Quasi rechtsfreie Räume behördlichen / polizeilichen Handelns (40) zur Einschränkung der Tätigkeit von Sexarbeitenden, wie sie bis 2002 in Deutschland behördliche Praxis waren, ergänzen die durch diese Art der Legalisierungspolitik rechtsförmig ausgestaltete Verletzung der Menschenrechte Sexarbeitender, wie sie von Laskowski herausgearbeitet wurden (45) in Form der Zulässigkeit behördlicher Übergriffe in einem quasi rechtsfreien Raum, die als willkürlich gewertet werden könnten.

AI setzt deswegen auf das Konzept der Entkriminalisierung der Sexarbeit. Die Autorin stellt diese AI Position in ihrem Kommentar nicht dar. Das widerspricht ihre Sorgfaltspflicht (»was die Wahrheit braucht«). Sie diskreditiert zudem die Sexarbeit, indem sie in Abrede stellt, diese könnte als Arbeit (Dienstleistung) bewertet werden. Bei Sexarbeit könne es sich in aller Regel nicht um eine einvernehmliche Dienstleistung zwischen Sexarbeitenden und Kundschaft handeln. Das sei so die Autorin, die Meinung von Experten, die von ihr ungenannt bleiben.

Expert*innen, die in neueren Untersuchungen zu einem entgegengesetztem Urteil kommen werden von ihr im Gegensatz zu Veröffentlichungen ihrer Kolleginnen z.B. der Salzburger Nachrichten, nicht berücksichtigt: Angelika Wienerroither, in Salzburger Nachrichten vom 21.10.15, "Prostituierte wählen ihre Freier aus - Eine Studie sagt: Die meisten Prostituierten bieten ihren Körper freiwillig an - und nicht nur wegen Geld.« (42 b)

Aktuelle Studien zur beruflichen Umorientierung von Sexarbeitenden des BMFSFJ (43), zeichnen ebenfalls ein anderes Bild als Die Autorin Hellwig und widersprechen der Mär - Legende - Unfug Darstellung der nicht benannten Experten zur Sexarbeit. Lediglich 46 % der von den Modellprojekten erreichten Sexarbeitenden äusserten im Erstgespräch den Wunsch (43 b, S. 18) eine andere Berufstätigkeit aufnehmen zu wollen. Ausdrücklich, so die Studie ist dieser Prozentsatz nicht übertragbar auf die Gesamtheit Sexarbeitender. »Unsere Forschung erfasst daher ausschließlich die Perspektive der Sexarbeiter*innen, die ihre Tätigkeit in der Sexarbeit beenden wollen, und macht keine Aussage über Sexarbeit insgesamt.« (43 b, S. 6) Die Studie erreichte maximal zwischen 1,7 % (Berlin) und ca 25 % (Freiburg) der jeweils in den untersuchten Regionen tätigen Sexarbeitenden.

Es erscheint zulässig davon auszugehen, dass deutlich weniger als 46 % Sexarbeitender eine berufliche Umorientierung wünschen, z.B. 25 %. Damit läge die Quote der Umstiegsorientierten auf der Höhe der aller Auszubildenden im Handwerk. Im Friseurhandwerk, in dem fast 50 % die Lehre abbrechen, wäre sie demnach doppelt so hoch wie in der Sexarbeit (46). Diese Zahlen, machen es nicht plausibel die Sexarbeit als ein Feld zu klassifizieren, in dem es kein Einvernehmen zwischen Kundschaft und Dienstleistenden und keine Arbeitszufriedenheit bei den Dienstleistenden gibt.

Einen Vergleich zur Arbeitszufriedenheit und zu Wechselquoten in anderen Arbeitsfeldern zieht die Autorin Hellwig jedoch nicht. Sie erwähnt auch nicht, dass, folgt man den Äusserungen Sexarbeitender, die Stigmatisierung (43 b, S. 26) eine erhebliche Belastung (soziale Verachtung, Doppelexistenz, Angst vor Outing) darstellen und auch diese Ächtung den Wunsch zu einem Ausstieg fördern könnte. Es ist nicht anzunehmen dass beim Friseurhandwerk, in dem die Wechselquote der Auszubildenden bei 50 % liegt, Gründe der Stigmatisierung des Berufs eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Ersichtlich ist, dass das, was die Autorin in ihrem Kommentar über das Feld der erotisch-sexuellen Dienste zu sagen vermag, als Mär - Legende - Unfug als sachlich unzutreffende Schmähung (9) des Feldes zu bezeichnen ist. Es handelt sich um einen Kommentar, der die Lebensrealität Sexarbeitender einseitig abwertend beschreibt und damit deren Persönlichkeits- deren Menschenrechte erheblich schädigt. Etwas anderes zu dem Kommentar der Autorin zu sagen wäre nichts als eine Beschönigung. Es ist offensichtlich, dass der Kommentar den Kriterien journalistischer Seriosität, wie sie der Pressekodex nennt, nicht gerecht wird.

(E)

Die Wahrscheinlichkeit, dass AI mit minderjährigen, von Bordell zu Bordell verkauften, gequälten Frauen ins Gespräch gekommen ist, scheint doch eher gering.

Die Autorin Hellwig, Chefredakteurin des Weser-Kurier, wird, so ist offensichtlich, ihren in dieser Beschwerde behandelten Artikel, nach Kenntnisnahme der Resolution von Amnesty International (AI) zur Formulierung einer Sexarbeits-Politik verfasst haben. Sie bezieht sich, so ist dem Artikel von ihr implizit (verwendete Zitate) zu entnehmen, auf die Stellungnahme von AI-Deutschland vom 13.08.2015, die auf der Homepage von AI-D einzusehen ist. (3)

AI beabsichtigt, so wird dort mitgeteilt, eine Politikleitlinie zu verfassen, die die Entkriminalisierung der Sexarbeit bei Intensivierung der Strafverfolgung jeder Form von sexuellem Missbrauches, insbesondere des sexuellen Missbrauches zum Zwecke der Gewinnerzielung (StGB § 180 a Ausbeutung von Prostituierten, 181 a Zuhälterei, § 232 Menschenhandel zum Zweck der sexuelle Ausbeutung / »kommerzialisierter Vergewaltigung«) vorsieht.

Der Entscheidung war ein Konsultations- und Forschungsprozess von AI vorausgegangen, an dem auch Vertreter*innen von Organisationen teilnahmen, die sich für die Interessen der Betroffenen einsetzen, die »kommerzialisierter Vergewaltigung« / sexueller Ausbeutung unterliegen. Dies geht aus dem AI Dokument

zweifelsfrei hervor. In diesen Gesprächen hatten diese Organisationen die Gelegenheit, über Umfang und Art sexueller Ausbeutung, insbesondere sexueller Ausbeutung Minderjähriger zu berichten und Maßnahmen gegen diese gravierenden Menschenrechtsverletzungen vorzuschlagen. AI hält in seiner Resolution fest,

»Uns ist wichtig herauszustellen, dass Amnesty International jegliche Form von Menschenhandel aufs Schärfste verurteilt. Dies betrifft natürlich auch den Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Menschenhandel stellt einen schwerwiegenden und abscheulichen Menschenrechtsverstoß dar und muss gemäß Völkerrecht strafrechtlich verfolgt werden...« (3 a, S. 2)

Die Feststellung der Autorin:

Entsprechend darf die Grundlage der AI-Resolution in Zweifel gezogen werden, die auf Befragungen im Gewerbe beruht: Die Wahrscheinlichkeit, dass AI mit minderjährigen, von Bordell zu Bordell verkauften, gequälten Frauen ins Gespräch gekommen ist, scheint doch eher gering

die AI eine inkonsistente Haltung zur Strafverfolgung im Falle von sexueller Ausbeutung / »kommerzialisierter Vergewaltigung« zum Vorwurf macht, steht im direkten Widerspruch zur Forderung der strafrechtlichen Verfolgung sexueller Ausbeutung / »kommerzialisierter Vergewaltigung« die AI bekräftigt. Sie steht zudem im Widerspruch zur AI Aussage

»Amnesty-Sektionen weltweit haben ebenfalls zu der Position beigetragen. Sie haben umfangreiche und offene Konsultationen mit Organisationen von Sexarbeiter_innen, Gruppen von ehemaligen Prostituierten, Organisationen, die sich für die Abschaffung der Prostitution engagieren, verschiedene Menschen, die sich für die Rechte von Frauen und Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgeschlechtlichen und Intersexuellen (LGBTI) einsetzen und Organisationen, die sich gegen den Menschenhandel und solche, die sich für Betroffene von HIV und AIDS einsetzen, durchgeführt.« (3 a, S. 2)

auf die sich die Autorin bezieht. Ihr war demnach bekannt, dass AI vor seiner Entscheidung eine Vielzahl von Konsultationen mit einer Vielzahl von einschlägig Sachverständigen durchgeführt hatte. Dies geht aus den der Autorin bekannten AI Dokumenten zweifelsfrei und offensichtlich hervor. Aus diesen Dokumenten ging insbesondere zweifelsfrei hervor, dass

»Organisationen, die sich für die Abschaffung der Prostitution engagieren, ... Anti-Menschenhandel-Organisationen«

die wie bekannt ist gequälte minderjährige Frauen vertreten, von AI konsultiert worden waren.

Im Wissen um diese AI Aussagen, dass der Autorin offensichtlich zur Verfügung stand, ist ihr Zweifel an der Konsistenz der AI Absichten, eine wenigstens grob fahrlässige Fehldarstellung des Sachverhaltes. Im Ergebnis zieht die Autorin die AI Entscheidung zur Entkriminalisierung der Sexarbeit, die AI ausdrücklich mit der Fortsetzung der Strafverfolgung bei sexueller Ausbeutung / »kommerzialisierte Vergewaltigung« verbindet, mittels einer verkürzten, sachlich unzutreffenden, im Ergebnis unwahren Darstellung der AI Aussagen in Zweifel.

(F)

...umso erstaunlicher ist die AI-Forderung, auch Zuhälterei zu entkriminalisieren. Es gehe nicht darum, Zuhälter zu schützen, argumentiert AI Deutschland auf seiner Homepage. „Es gibt jedoch zu weit gefasste Gesetze, wie beispielsweise solche, die das ‚Betreiben‘ oder die ‚Bewerbung‘ von Bordellen verbieten. Diese werden oftmals eingesetzt, um Sexarbeiter_innen strafrechtlich zu verfolgen und Maßnahmen zu kriminalisieren, die Sexarbeiter_innen zu ihrem eigenen Schutz ergreifen.“ Man mag Bordellbetreiber als Dienstleister ansehen, die Frauen oder Männern Zimmer und gastronomischen Service zur Verfügung stellen. Dennoch profitieren die Betreiber auch von individuellen Zwangslagen [...] „Dritte“, die Sexarbeiter_innen ausbeuten oder misshandeln, werden nach dem von uns vorgeschlagenen Modell auch weiterhin strafrechtlich verfolgt“, betont AI auf seiner Homepage. Das eigens unterstreichen zu müssen ist traurig genug. Dass die Organisation quasi das gesamte Gewerbe verteidigt, statt Opfer von Tätern zu unterscheiden, ist grob fahrlässig. Den Opfern hat Amnesty damit keinen Dienst erwiesen, sich selbst allerdings auch nicht.

Die genannten Aussagen der Autorin enthalten unwahre Tatsachenbehauptungen, inkonsistente Argumentationen und strafrechtlich problematische, ehrenrührige Bewertungen.

a) ... traurig genug - ... keinen Dienst erwiesen

„Dritte‘, die Sexarbeiter innen ausbeuten oder misshandeln, werden nach dem von uns vorgeschlagenen Modell auch weiterhin strafrechtlich verfolgt“, betont AI auf seiner Homepage. Das eigens unterstreichen zu müssen, ist traurig genug. Dass die Organisation quasi das gesamte Gewerbe verteidigt, statt Opfer von Tätern zu unterscheiden, ist grob fahrlässig. Den Opfern hat Amnesty damit keinen Dienst erwiesen, sich selbst allerdings auch nicht.

Die Autorin argumentiert inkonsistent. Die unwahre Tatsachenbehauptung der Autorin: die AI-Forderung, auch Zuhälterei zu entkriminalisieren kollidiert mit der Aussage der Autorin: Es sei traurig genug dass AI eigens unterstreichen müsse dass Dritte‘, die Sexarbeiter innen ausbeuten oder misshandeln, ... nach dem vorgeschlagenen Modell auch weiterhin strafrechtlich verfolgt werden.

Angesichts der unwahren Tatsachenbehauptung dass AI die Zuhälterei entkriminalisieren wolle, die von der Autorin wissentlich erhoben wird (Inkonsistenz 1, unwahre Tatsachenbehauptung - widersprüchlich), ist es für AI eine unbedingte Notwendigkeit, und insofern konsistentes Handeln, die eigene Position in diesem Punkt unmissverständlich zu unterstreichen: »kommerzialisierte Vergewaltigung« / sexuelle Ausbeutung ist eine Straftat.

Traurig ist es, dass die Autorin trotz dieser AI Klarstellung tatsachenwidrig unterstreicht, dass AI sexuelle Ausbeutung seitens Dritter (Zuhälterei) vorgeblich zu entkriminalisieren denkt. Keinesfalls ein Grund zu trauern ist die konsistente Haltung von AI. In Antizipation der unwahren Tatsachenbehauptung der Autorin, dass AI die Entkriminalisierung der Zuhälterei beabsichtigen würde, unterstreicht AI mit der eigenen Positionierung den Straftatbestand der sexuelle Ausbeutung / »kommerzialisierte Vergewaltigung«. Die Autorin begründet durch ihre unwahre Tatsachenbehauptung die Notwendigkeit der Klarstellung durch AI. Sie ist es, die es notwendig macht, dass AI dies eigens unterstreicht. Die so konsistent notwendige Unterstreichungen, hat die Autorin sich selbst, ihrer inkonsistenten Argumentation zuzuschreiben. Sie beklagt also ein vorgebliches Fehlverhalten Dritter, bei dem es sich tatsächlich um eine eigene Unzulänglichkeit, wenn nicht Lüge handelt (Inkonsistenz 2, Umkehrung von Ursache und Wirkung - widersprüchlich)

Ein Grund, AI gegenüber den Vorwurf zu erheben, Den Opfern ... keinen Dienst erwiesen» zu haben «sich selbst allerdings auch nicht ergibt sich aus dieser nicht im geringsten traurigen sondern angesichts der Inkonsistenz der Argumentation der Autorin notwendigen Klarstellung seitens AI ersichtlich nicht (Inkonsistenz 3, unzulässige Schlussfolgerung - widersprüchlich). Letztlich ist es die Autorin, die sich und ihrem Verlag mit ihrer inkonsistenten Argumentation keinen Dienst erweist und damit diese Beschwerde auslöst. Die keinen Dienst erwiesen Bewertung der Autorin, die ihrer inkonsistenten Argumentation folgt und auf ihrer unwahren Tatsachenbehauptung beruht, sie könnte, angesichts der Berufserfahrung und Position der Autorin an der Spitze des Weser-Kurier, als absichtsvolle Ehrenrührigkeit gegen AI zu begreifen sein. Sie würde dann Straftatbestände des Persönlichkeitsrechts berühren (StGB, 14. Abschnitt, Beleidigung) .

b) ... Zuhälterei entkriminalisieren - profitieren von Zwangslagen

... umso erstaunlicher ist die AI-Forderung, auch Zuhälterei zu entkriminalisieren. [...] Man mag Bordellbetreiber als Dienstleister ansehen, die Frauen oder Männern Zimmer und gastronomischen Service zur Verfügung stellen. Dennoch profitieren d i e Betreiber auch von individuellen Zwangslagen. (Hvhbg K.F)

Die Autorin synonymisiert durch ihre Aussagen die Begriffe Zuhälter(ei) und (Bordell-) Betreibende. Sie stellt dabei zwar ihr sprachliche Versiertheit, ihre Fähigkeit mit Sprache erwünschte Wirkungen zu erzielen, ihre langjährige journalistische Erfahrung unter Beweis und demonstriert in den von ihr stammenden obigen Sätzen und in dem darin integrierten Zitat und der Zitateinführung, was sie handwerklich als Chefredakteurin qualifiziert. Sie handelt zwar hochgradig methodisch und absichtsvoll, jedoch nicht professionell seriös im Sinne des Pressekodex.

Ausgangspunkt ist ihre unwahre Tatsachenbehauptung AI wolle die Zuhälter(ei) - sexuelle Ausbeutung / »kommerzialisierte Vergewaltigung« - entkriminalisieren. Während AI das Betreiben von Bordellen juristisch richtig nicht mit Zuhälterei gleichsetzt, sieht die Autorin in **keiner** bordellbetreibenden, eine dienstleistende, sondern **immer** eine Person, die von individuellen Zwangslagen im Sinne des StGB 232 also von sexueller Ausbeutung / »kommerzialisierte Vergewaltigung« profitiert. Insofern sind Betreibende, die für AI ausdrücklich und rechtskonform definiert nicht zuhälterisch, sondern z.B. zu ihrem Schutz in einer Wohnung gemeinsam tätige Sexarbeitende und damit zugleich Betreibende einer Prostitutionsstätte sind, für die Autorin eben gerade dies: Organisierende sexueller Ausbeutung, denn sie profitieren nicht nur von Mieteinnahmen, sondern auch von individuellen Zwangslagen.

Es ist bemerkenswert, wie der Autorin die Synonymisierung von Zuhälterei und des Betriebes von Arbeitsstätten für Sexarbeit bei gleichzeitiger Zuschreibung menschenrechtlichem Versagens an Amnesty unter Verwendung von Originalaussagen aus der o.g. Amnesty Veröffentlichung vom 13.08.15 gelingt. Dazu die folgende Auflistung der Begriffe die die Autorin nutzt und deren Konnotationen im Kontext ihrer Ausführungen die Al Forderung, auch Zuhälterei zu entkriminalisieren eine doppelt unwahre Tatsachenbehauptung darstellen und zwar die Behauptung a) Al fordere die Straflosigkeit von sexueller Ausbeutung / »kommerzialisierter Vergewaltigung« und im weiteren Kontext die Behauptung b) das jede Art des Betriebes von Arbeitsstätten für Sexarbeitende (die Betreiber profitieren auch von Zwangslagen) Zuhälterei sei.

Die sprachlich interessante Passage, mit der die Autorin die Synonymisierung vollzieht:

Man mag ...betreiber als Dienstleister ansehen [...]
Dennoch profitieren
d i e Betreiber auch von individuellen Zwangslagen.

Begriff	Konnotation	Ergebnis / Sinn
<u>man</u> <u>mag</u> Betreiber als <u>ansehen</u>	unbestimmte - unseriöse, weniger glaubwürdige, halbseidene Personen Geschmacksfrage - fehlende sachliche Glaubwürdigkeit, Inkompetenz Dienstleister durch äußere Erscheinung beeindruckte, verblendet	Unglaubwürdigkeit und Diskreditierung der Dienstleistung
<u>Dennoch</u> <u>profitieren</u>	in Wirklichkeit	Wahrheit der Ausbeutung
<u>d i e</u> <u>Betreiber</u> auch von <u>individuellen</u> <u>Zwangslagen</u>	Maskulinum (nicht Betreibende, Betreiberin), Ungleichheit - Patriarchat einsam - alleine - ausgeliefert nötigende Verhältnisse	alle(s) Männer, die gegenüber wehrlosen Frauen patriarch. Gewalt ausüben

Die Realität, dass Sexarbeitende zumeist selbstbestimmt tätig sind (42) (43) und durchaus individuell ein erhebliches Einkommen erzielen können, dass sich ihnen so die Möglichkeit bietet, ökonomisch unabhängig gegenüber Dritten, insbesondere Betreibenden und Männern zu sein, wird durch die in dieser Textpassage enthaltenen Konnotationen und dem damit hergestellten subtextuellen Sinn, negiert. Dienstleister werden zu Profiteuren individueller Zwangslagen. Amnesty wird zum Unterstützter von Zuhälterei. Dienstleistung wird mit subtilen sprachlichen Mitteln umdefiniert zur ausbeuterischen Gewalt. Die Autorin nutzt ihre medialen Möglichkeiten nicht nur indem sie Tatsachen ausblendet, sondern auch indem sie tatsachenwidrige Aussagen trifft und dafür eine manipulative Sprache einsetzt, die zum einen auf direkte Abwertungen der Sexarbeit (**nichts** als eine Beschönigung) zielt und zum anderen semantisch Zusammenhänge schafft, die jenseits des Sorgfalts- und Wahrhaftigkeitsgebotes stehen, das den Anforderungen eines seriösen Journalismus entspricht. Sie paniert den Wurm, mit dem sie die Lesenden an den Haken nimmt „kunstvoll“.

Die Realität sexueller und erotischer Dienstleistungen, und mit dieser hat sich Al intensiv beschäftigt, ist nicht in der Dichotomie Sexarbeiterin als weibliches Opfer und männlichem Zuhälter als Täter zu fassen und wird, wie Al in seiner der Autorin bekannten Stellungnahme zweifelsfrei und offensichtlich festhält, von Al nicht in der Weise dargelegt, wie es die Autorin reduzierend und unwahr in ihrem Artikel konstruiert. Die Bewertung, die die Autorin durch ihre Aussage Al wäre mit der Forderung nach einer Entkriminalisierung der Sexarbeit grob fahrlässig und hätte sich keinen Dienst erwiesen, vollzieht, ist eine Diffamierung des Feldes der erotisch-sexuellen Dienste, der in ihm aktiven Menschen und von Amnesty. Sie diskreditiert damit nicht nur Al, sondern die universelle Gültigkeit menschenrechtlicher Prinzipien, insbesondere des Menschenrechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, zu dem das Recht gehört, Selbstbestimmung auch im Feld der erotisch-sexuellen Dienste zu realisieren. Die Gleichsetzung von Zuhälterei mit der Organisation und Vermarktung von Betriebsstätten für sexuelle Dienste, diskreditiert die in diesem Feld Aktiven im Sinne Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Eine im konkreten Fall menschenrechtsfeindliche Aussage, die mit der Verpflichtung zur Wahrung des Menschenrechtes, die der Pressekodex nennt, nicht vereinbar ist.

c) Dennoch profitieren d i e Betreiber a u c h von individuellen Zwangslagen

Die Autorin subsumiert die Erscheinungen des Feldes der erotischen und sexuellen Dienstleistungem unter dem kriminalisierenden Begriff des Rotlicht-Milieus. Ihre Aussage Dennoch profitieren d i e Betreiber a u c h von

individuellen Zwangslagen ist im Sinne dieser Subsumierung zu verstehen. Sie ist eine verallgemeinernde, pauschalisierende Exemplifizierung dieser Aussage, die die Betreiber als Gesamtgruppe erfasst und diese als Profiteure im Sinne von zulässiger gewinnorientierter Mieteinnahme jedoch **zugleich mit dem Wort auch pauschal in ihrer Gesamtheit** als Profiteure von individuellen Zwangslagen klassifiziert. Es ist offensichtlich, dass eine solche pauschale Bewertung aller Betreibenden von Sexarbeitsorten als Nutzniesser individueller Zwangslage (StGB § 232), von sexueller Ausbeutung / »kommerzialisierte Vergewaltigung« unzulässig ist und einer juristischen Prüfung auf den Wahrheitsgehalt nicht stand hält. Die Autorin behauptet jedoch mit ihrem Satz Dennoch profitieren die Betreiber auch von individuellen Zwangslagen, dass die Betreiber in ihrer Gesamtheit auch von individuellen Zwangslagen profitieren. Sie schreibt nicht, es gäbe unter Betreibenden von Sexarbeitsorten unter anderem solche, die von individuellen Zwangslagen profitieren. Sie bewertet damit die Tätigkeit der Vermietung von Sexarbeitsorten in ihrer Gesamtheit als Straftat nach den StGB §§ 180 a (Ausbeutung der Prostitution) und/oder 181 a (Zuhälterei) und/oder § 232 (Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung). Eine klar unwahre Tatsachenbehauptung, wie dies allein aus den Fallzahlen der Verurteilungen zu diesen Straftaten (siehe 3.1.7) zweifelsfrei hervorgeht.

Als Sprecher des „Haus9“ - Vermietung von Betriebsstätten zur gewerblichen Tätigkeit an selbständig in der Sexarbeit tätige Menschen weise ich diese Behauptungen als persönlich für die Betreiberin des „Haus9“ für die Mietenden des „Haus9“ und für mich als Sprecher des „Haus9“ unwahr und ehrenrührig zurück. Es handelt sich bei dieser Aussage wenigstens um üble Nachrede, im Kern jedoch um eine gegen die Inhaberin des „Haus9“ gerichtete Verleumdung. Auch die Subsumierung des „Haus9“ unter die Kategorie des Rotlicht-Milieus und damit seine Zuordnung zu Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität, die die Autorin vollzieht, stellt zumindest eine üble Nachrede oder gar eine Verleumdung dar.

Die Betreiberin des „Haus9“ unterhält keine Kontakte zu einem Personenkreis, der bekannterweise dem zuzuordnen wäre, was einem Rotlicht-Milieu entsprechen könnte. Das „Haus9“ verzichtet sowohl in seinen Räumen, als in der Aussendarstellung auf typische Attribute, die der Sexarbeit zugeschrieben werden oder zugehören. Die Gewinnmarge des „Haus9“ ist niedrig kalkuliert und das eingesetzte Kapital wird, sofern die Umsatzwartungen erfüllt werden, frühestens nach 10 Jahren Betrieb erwirtschaftet sein. Erst dann würden durch den fortgesetzten Betrieb des „Haus9“ tatsächlich Gewinne realisiert werden.

Das „Haus9“ stellt den Mietenden Betriebsstätten für die Sexarbeit zur Verfügung, die selbstständig von diesen bewirtschaftet werden. Grundlage dafür sind Mietverträge, die den Mietenden auch in ihrer Muttersprache zur Verfügung gestellt werden. Das „Haus9“ nimmt keinen Einfluss auf die Gestaltung der Dienstleistungen seiner Mietenden und erhält von diesen, abgesehen von der vertraglich vereinbarten Miete, keine weiteren Zahlungen.

Das „Haus9“ stellt die persönlichen Leistungen, die für den Betrieb notwendig sind und durch die Inhaberin des Hauses, sowie den Sprecher des Hauses erbracht werden, nicht in Rechnung und kalkuliert diese Leistungen auch nicht als Unternehmerinnenlohn.

Die Behauptung, das „Haus9“ in Person seiner Inhaberin und seines Sprechers würden Profite aus einer Zwangslage im Sinne des Strafrechtes (Zuhälterei, sexuelle Ausbeutung / »kommerzialisierte Vergewaltigung«) seiner Mietenden erwirtschaften, ist unzutreffend. Die Behauptung der Autorin Hellwig ist, auch mit Rückbezug auf die bisherige Berichterstattung des Weser-Kurier zur Inhaberin des „Haus9“ (28 b) und zum Sprecher des „Haus9“ (32) für sie unmittelbar im Rahmen ihrer bisherigen Berufstätigkeit für den Weser-Kurier ersichtlich falsch und offensichtlich unbegründet.

Der Strafgehalt dieser unwahren Tatsachenbehauptung im Sinne übler Nachrede und Verleumdung bleibt zu prüfen. Zweifelsfrei ist dass die Autorin, insbesondere da sie Chefredakteurin des Weser-Kurier ist, massiv gegen die Prinzipien eines seriösen Journalismus, wie sie im Pressekodex zum Ausdruck kommen, verstößt.

4. Zusammenfassung

Das Feld der erotischen und sexuellen Dienste und die in ihm Aktiven unterliegen unzweifelhaft alltäglicher Ausgrenzung und Abwertung. Diese Prozesse können als Stigmatisierung begriffen werden, die auch mit Diskriminierungen verbunden sind. Es handelt sich um eine Form Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist mit unmittelbaren Angriffen auf die Rechte der von ihnen Betroffenen verbunden, die bis hin zu physischer Gewalt und Mord reichen können. Die Vulnerabilität der Aktiven des Feldes der sexuellen und erotischen Dienste, reicht bis zu sozialen Schmähungen und zur sozialen Ächtung selbst dann, wenn diese das Feld bereits verlassen haben. Anhaltende soziale Schmähungen beinhalten Körperverletzungen. Stigma und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind potentiell und real tödlich, wie eine internationale Forschergruppe in einer Studie festhält, die in ‚The Lancet‘ veröffentlicht wurde. (47)

Veröffentlichungen in Presseerzeugnissen, die sich den Qualitätsmerkmalen des Pressekodex unterstellen, haben der Verletzlichkeit der Aktiven dieses Feldes in besonderer Weise Rechnung zu tragen und jegliche zusätzliche Diskreditierung von auch nur einer in diesem Feld aktiven Person zu vermeiden. Jeder Fall zählt.

Der Text der Autorin Hellwig ist demgegenüber geeignet eine Unzahl der Aktiven des Feldes der erotisch-sexuellen Dienste pauschal zu diskreditieren, diese abzuwerten und zu kriminalisieren. Der Text fördert Haltungen und Handlungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Er

- bedient sich einer das Feld der erotischen und sexuellen Dienstleistungen pauschal diskreditierenden, beleidigenden und kriminalisierenden Wortwahl (z. B. Rotlichtmilieu)
- beruht auf unwahren Tatsachenbehauptungen (z.B. AI fordert Zuhälterei zu entkriminalisieren)
- stellt falsche Zusammenhänge und Analogien her, nutzt Begriffe in verzerrender und verwirrender also manipulativer Weise (z.B. Synonymisierung Entkriminalisierung und Legalisierung)
- vertritt, ohne dies kenntlich zu machen abolitionistische Positionen, denen kein Gegengewicht durch andere Berichterstattung mit anderen inhaltlichen Schwerpunkten zur Seite gestellt wird (siehe 3.16 und 3.1.7)
- ignoriert die Komplexität der Fachdiskussion und die vorliegende Erkenntnisse zu Umfang und Arten von Selbstbestimmung und Fremdbestimmung bei Aktiven in der Sexarbeit um Abwertungen zu rechtfertigen (z.B. das Wort Sexarbeiter ist nichts als eine Beschönigung)
- argumentiert manipulativ inkonsistent, um eine anerkannte Menschenrechtsorganisation zu diskreditieren (z.B. Das eigens unterstreichen zu müssen, ist traurig genug.)
- Verwendet Sprache in manipulativer Absicht (Man mag Bordellbetreiber als Dienstleister ansehen)
- diskreditiert im Wissen um die Unwahrheit dieser Tatsachenbehauptung, also in ehrenrühriger Weise, die Betreiberin, den Sprecher und die Mieterinnen des „Haus9“, die dem Weser-Kurier zum Teil seit Jahren persönlich ebenso bekannt sind, wie umfangreiche Einzelheiten zu deren Tätigkeit im Feld der erotischen und sexuellen Dienste. Sie diskreditiert diese in verleumdender Weise als Straftäter*innen oder als von Straftaten der sexuellen Ausbeutung Betroffene (Dennoch profitieren die Betreiber auch von individuellen Zwangslagen)

Auch wenn dafür die Form eines Kommentars / Leitartikels gewählt wird, ist eine Redakteurin des Weser-Kurier, erst Recht die Chefredakteurin des Weser-Kurier den Kriterien der Wahrhaftigkeit und Sorgfalt und allen anderen Kriterien des Pressekodex verpflichtet. Die »alles was die Wahrheit braucht« Selbstaussage des Weser-Kurier im Rahmen seiner »jedeswortwert« Kampagne, erhöht selbstverpflichtend die Bindung aller Mitarbeitenden des Weser-Kurier an diese Kriterien.

Die herausgehobene Stellung der Autorin innerhalb des Weser-Kurier, die damit einhergehende besondere sachliche, handwerklich, intellektuelle, menschenrechtliche, strafrechtliche und institutionelle Kompetenz der Autorin sprechen dafür, dass der von ihr gefertigte, hier unter Beschwerde gestellte Artikel eine willentliche und von daher mehr als nur grob fahrlässige pauschale Verunglimpfung der Aktiven des Feldes der erotischen und sexuellen Dienste und der Menschenrechtsorganisation AI darstellt. Die darin sich einschliessende Verleumdung gegen die dem Weser-Kurier seit 2010 persönlich bekannte Betreiberin, den dem Weser-Kurier seit 2013 persönlich bekannten Sprecher und die für den Weser-Kurier unschwer zu einem Gespräch erreichbaren Mieterinnen des „Haus9“ könnten strafrechtlich bedeutsam sein.

5. Quellen

(1)

Silke Hellwig

Weser-Kurier vom 17.08.2015

Ein grob fahrlässiger Blick auf das Rotlicht-Milieu

http://www.weser-kurier.de/deutschland-welt_artikel,-Ein-grob-fahrlaessiger-Blick-auf-das-Rotlicht-Milieu-_arid,1188534.html

(2)

Deutscher Presserat

Pressekodex

http://www.presserat.de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dateien/Pressekodex2013_big_web.pdf

(3)

Amnesty International Deutschland

13.08.2015

Position zur Verantwortung von Staaten für den Schutz und die Umsetzung der Menschenrechte von Sexarbeiter_innen

https://www.amnesty.de/2015/8/13/position-zur-verantwortung-von-staaten-fuer-den-schutz-und-die-umsetzung-der-menschenrecht?destination=suche%3Fwords%3DProstitution%26search_x%3D15%26search_y%3D4%26form_id%3Dai_search_form_block

und

Amnesty International Ratstagung 2015 **Richtungsentscheid für die Menschenrechte von Sexarbeiter_innen**

<https://youth.amnesty.ch/de/about/dok/2015/amnesty-international-ratstagung-2015-amnesty-position-zu-sex-arbeit>

(4)

David Freches

Weser-Kurier vom 13.08.2015:

Last mit der käuflichen Lust - Amnestys Eintreten für weltweite Legalisierung der Prostitution löst Kontroverse aus

Weser-Kurier-online:

Amnesty Pläne lösen Kontroverse aus - Legalisierung der Prostitution

http://www.weser-kurier.de/deutschland-welt_artikel,-Amnestys-Plaene-loesen-Kontroverse-aus-_arid,1186208.html

(5)

David Freches

Berliner Zeitung vom 12.08.2015

»Amnesty plädiert für legale Prostitution« Untertitel: «Entkriminalisierung der Prostitution«

<http://www.berliner-zeitung.de/politik/entkriminalisierung-von-prostitution-amnesty-plaediert-fuer-legale-prostitution.10808018.31450828.html>).

(6)

z.B. in Deutschland der §§ 184e und 184f StGB,

Verbotene Prostitution

<http://www.wz-newsline.de/lokales/duesseldorf/prostituierte-gleich-wieder-rueckfaellig-1.2025104>

Verbotene Prostitution endet im Gefängnis, abgerufen am 27.10.2015 – 13:35

<http://www.newslocker.com/de-de/branche/polizei/bpoli-dd-verbotene-prostitution-endet-im-gefngnis/view/>

Polizeiliche Verfolgung Sexarbeitender in Italien

<http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=149188#149188>

(7)

Neuseeland

Prostitution Reform Act 2003

<http://www.legislation.govt.nz/act/public/2003/0028/latest/DLM197815.html>

siehe auch:

SEX WORK IN NEW ZEALAND: The Decriminalization Model

<https://www.youtube.com/watch?v=Llni-fWaTZ8&feature=share>

(8)

EU Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

Mary Honeyball

Bericht an das europäische Parlament

Über sexuelle Ausbeutung und Prostitution und deren Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter
(2013/2103(INI)) vom 03.02.2014

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2F%2FEP%2F%2FNONSGML%2FBREPORT%2BA7-2014-0071%2B0%2BDOC%2BPDF%2BV0%2F%2FDE>

(9)

Referentenentwurf des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Entwurf eines Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen

RePSG

Fassung vom 29.07.2015

http://www.internet-law.de/wp-content/uploads/2015/07/Referentenentwurf-Prostituiertenschutzgesetz_29.07.2015.pdf

(10)

Mirjam Kläntschi und Sarah Opprecht,

Stigma Sexarbeit - Über das Erleben und den Umgang der Sexarbeiterinnen mit der Stigmatisierung in der Gesellschaft,

Bern 2014,

<http://www.soziothek.ch/downloadable/download/link/id/MC4wMzkzMzgwMCAxNDMxMTc1MTgwNDA2OTQzNTUxNjc/>

(11)

Olaf Bernau

Weser Kurier, 14.08.13, S. 11

(12)

Giordano Bruno Stiftung

Bergmeier, Schmidt Salomon

Die Legende vom christlichen Abendland

<http://www.giordano-bruno-stiftung.de/sites/default/files/download/abendland-brosch.pdf>,

(13)

A. Waldenberger,

... wie andere auch,

Wien 2012

http://othes.univie.ac.at/20344/1/2012-05-11_0305907.pdf

und

zur Anerkennung des Begriffes Sexarbeit in öffentlich-rechtlichen Medien:

WDR 5 ZeitZeichen vom 27.10.2015: 1985 -

Der erste nationale Hurenkongress in Berlin

Von Ariane Hoffmann

<http://www.wdr5.de/sendungen/zeitzeichen/hurenkongress-prostitution-berlin-104.html>

(14)

R. Schmitter,

Prostitution - Das älteste Gewerbe der Welt?

Oldenburg 2007

(15)

Elisabeth von Dücker,

Sexarbeit,

Bremen 2005,

und siehe

http://de.wikipedia.org/wiki/K%C3%A4the_Petersen

(16)

Sozial unwerte Tätigkeit _ Gewerbeamt Bremen

<http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=131642#131642> , <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=143413#143413> , <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=143897#143897>

(17)

Presseerklärung von **Hydra e.V.** zum 10jährigen Jubiläum des Prostitutionsgesetzes
10 Jahre Prostitutionsgesetz – Ein halber Schritt führt nicht zum Ziel

ProstG gescheitert

vom 01. 12. 2011

http://www.hydra-berlin.de/fileadmin/users/main/pdf/Presseerklaerung_Hydra_ProstG_01.pdf

(18)

Dietmar Jazbinsek,

Der internationale Mädchenhandel - Biographie eines sozialen Problems

2002

<http://www.econstor.eu/dspace/handle/10419/49624>

(19)

Norbert Holtz,

Thesenpapier zum Vortrag 130 Jahre Kampf gegen „Mädchen- / Menschenhandel“ - die gesellschaftliche und politische Wirkung der abolistischen Bewegung,

<https://dl.dropboxusercontent.com/u/62065737/15e28%20Norbert%20Holtz.mp3>

(20)

Bundeszentrale politische Bildung

APuZ, Heft 9/2013,

Prostitution

<http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/155379/prostitution>,

(21)

Der Spiegel 22 / 2013,

Bordell Deutschland - Wie der Staat Frauenhandel und Prostitution fördert

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-96238818.html>,

(22)

Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten - Prostitutionsgesetz -

ProstG

<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/prostg/gesamt.pdf>,

(23)

Deutscher Juristinnenbund

Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eines Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (**ProstSchG-RefE**)

vom 04.09.2015

<http://www.djb.de/st-pm/st/st15-10/>

Begriff der »kommerzialisierte Vergewaltigung«, S. 10

(24)

BMFSFJ

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Cornelia Möhring, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/1604 –

Hintergrund für den möglichen Reformbedarf beim Prostitutionsgesetz

Deutscher Bundestag, Drucksache 18/1831, 18. Wahlperiode, vom 24.06.2014

(25)

BMI

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Ulla Schauws, Katja Dörner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, – Drucksache 18/1546 –

Entwicklung des Menschenhandels

Deutscher Bundestag, Drucksache 18/1738, 18. Wahlperiode, vom 12.06.2014

(26)

Doña Carmen e.V.

Kritik des Prostituiertenschutzgesetz

(27) auf Seite/n: 14

Duden

<http://www.duden.de/rechtschreibung/Puffmutter>

(28) auf Seite/n: 14

a) WK v. 13.03.2010, S.1

Anwohner protestieren gegen Borde

http://verlag.weser-kurier.de/plus/archiv/ansicht.php/a/msdcx_filestore_archive/2011/07-29/9e/71/file60qbqthzhauvc95eh8m.jpg

b) WK v. 07.05.2010, S.9

Aggressionen aus der Nachbarschaft

http://verlag.weser-kurier.de/plus/archiv/ansicht.php/a/msdcx_filestore_archive/2011/07-29/fa/3e/file60qc0y7kptvfpl8qh8m.jpg

„Mit dem Klischee einer Puffmutter hat Lara Freudmann **äusserlich** denn auch nichts gemein“

(29) auf Seite/n: 14

Buten & Binnen, Sendung vom 12.03.2010

„Mit dem Zuhälter im Auto davor von dem sich die Anwohner bedroht fühlen - Der Mann der Modellwohnungsbetreibenden“

(30) auf Seite/n: 14

Broschüre „Käufliche Liebe - die Frau als Ware“

Hrsg. DieLinke! Bremen

Matthias Psdzior, Bürgerinitiative

„Frauen leiden in der Zwangsprostitution. Sie leiden in Wohnungen in der direkten Nachbarschaft in guter Gesellschaft.“

Download: <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=95559#95559> Beitrag 57,

(31) auf Seite/n: 14

Verwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen - 1. Kammer, Az: 1 V 410/10

»Aus den im Eilverfahren 1 V 165/10 vorgelegten Unterlagen ergibt sich, dass von den Anwohnern der Xxx Straße zunächst eine - auch namentlich genannte - männliche Person als neuer Eigentümer des Hausgrundstücks Nr. y und Betreiber des bordellartigen Betriebes angesehen wurde« Tatsächlich jedoch war Lara Freudmann die Eigentümerin und Betreiberin.

(32) auf Seite/n: 14

Klaus Fricke vermietet Zimmer an Sexarbeitende

"Frauen in Rumänien besser informieren"

http://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadtreport_artikel.-Frauen-in-Rumaenien-besser-informieren-_arid.711874.html

(33)

Markus End, Heidelberg 2014,

<http://www.sintiundroma.de/fileadmin/dokumente/publikationen/extern/2014StudieMarkusEndAntiziganismus.pdf>

»Bis heute setzt er [Zentralrat deutscher Sinti und Roma] sich auf verschiedenen Ebenen dafür ein, dass die Zugehörigkeit zu einer Minderheit, .. in der Presseberichterstattung über Kriminalität nur erwähnt werden darf, wenn es einen zwingenden Sachbezug zwischen dem zu Berichtenden und dieser Zugehörigkeit gibt.6 Neben der Diskriminierung im Bereich Kriminalitätsberichterstattung gibt es jedoch zahlreiche weitere mediale Debatten, in denen stereotype und diskriminierende Inhalte ... kommuniziert werden.«

(34)

Die 5 häufigsten Irrtümer über das Prostitutionsgesetz (ProstG) von 2001

Christian Leupold

<http://www.menschenhandel.info/die-5-haeufigsten-irrtuemer-ueber-das-prostitutionsgesetz-prostg-von-2001/>

(35)

BVerwGE - "Astrologieentscheidung" vom 4.11.65,

«Daher liegt eine Betätigung, die nach den Wertvorstellungen der Rechtsgemeinschaft - ungeachtet der sonstigen verschiedenartigen Anschauungen innerhalb der pluralistischen Gesellschaft - allgemein als gemeinschaftsschädlich betrachtet wird, wie etwa die Betätigung als "Berufsverbrecher" und die Ausübung der Gewerbsunzucht, von vornherein außerhalb der Freiheitsverbürgung des Art. 12 Abs. 1 Satz 1 GG.»

<http://www.servat.unibe.ch/dfr/vw022286.html>

(36)

Deutscher Bundestag – 17. Wahlperiode, Drucksache 17/12504

»Das BKA kommt in seinem Bundeslagebericht Menschenhandel 2011 zum Fazit, dass das durch diesen Kriminalitätsbereich ausgehende Gefährdungspotential „begrenzt“ sei.«

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/125/1712504.pdf>

(37)

Kathrin Schrader

Statement zur aktuellen Diskussion um Sexarbeit vom AK Reproduktion und dem Feministische Institut Hamburg

»Das Bild der „Hure“ entspringt der patriarchalen Ideologie. Es ist deshalb notwendig, das Stigma der Prostitution anzugreifen und endlich anzuerkennen, dass Sexarbeit Arbeit und Care-Arbeit ist.«

<http://www.feministisches-institut.de/wp-content/uploads/2015/01/StatementzuCare.pdf>,

(38)

Bundespolizeiinspektion Dresden

vom 27.10.2015

BPOLI DD: Verbotene Prostitution endet im Gefängnis

<http://www.newslocker.com/de-de/branche/polizei/bpoli-dd-verbotene-prostitution-endet-im-gefngnis/view/>

(39)

Cafe ppsst Urteil siehe:

<http://www.humboldt-forum-recht.de/deutsch/unterseiten/5-2001/urteil.html.html>

(40)

BMFSFJ, 2012,

Regulierung von Prostitution und Prostitutionsstätten,

Renzikowski, Plädoyer für eine gewerberechtliche Reglementierung der Prostitution, S. 17 f

[https://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/](https://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Prostitutionsregulierung.property=pdf.bereich=bmfsfj.sprache=de.rwb=true.pdf)

[Prostitutionsregulierung.property=pdf.bereich=bmfsfj.sprache=de.rwb=true.pdf](https://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Prostitutionsregulierung.property=pdf.bereich=bmfsfj.sprache=de.rwb=true.pdf)

(41)

BMFSFJ, 2005

„Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes“ Abschlussbericht,

<http://www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/prostitutionsgesetz/pdf/gesamt.pdf>

(42)

a) Helga Amesberger

Sexarbeit in Österreich: Ein Politikfeld zwischen Pragmatismus, Moralisierung und Resistenz, November 2014

siehe auch:

b) Angelika Wienerroither, in **Salzburger Nachrichten** vom 21.10.15, "**Prostituierte wählen ihre Freier aus** -Eine Studie sagt: Die meisten Prostituierten bieten ihren Körper freiwillig an - und nicht nur wegen Geld.«

<http://www.salzburg.com/nachrichten/oesterreich/chronik/sn/artikel/prostituierte-waehlen-ihre-freier-aus-170342/>

(43)

a) Prostitution in Deutschland – Fachliche Betrachtung komplexer Herausforderungen,

Czarnecki, Engels, Kavemann, Steffan, Schenk, Törnau,

https://www.frauenrat.de/fileadmin/user_upload/infopool/informationen/dateien/2014-2/Prostitution4Final.pdf

b) BMFSFJ 2015

Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung zum Bundesmodellprojekt

Unterstützung des Ausstiegs aus der Prostitution,

Steffan, Kavemann, Netzelmann, Helfferich

http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Unterst_C3_BCtzung-des-Ausstiegs-aus-der-Prostitution-Kurzfassung-deutsch.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf

(44)

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

- 1 BvR 224/07 -

Sperrbezirksentscheid

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2009/04/rk20090428_1bvr022407.html

»22

aa) Die Ermächtigung zum Erlass einer Sperrgebietsverordnung nach Art. 297 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EGStGB für Teile des Gemeindegebiets **stellt sowohl für Prostituierte als auch für sonstige Personen, die im Umfeld der Prostitution eine berufliche Tätigkeit entfalten, eine Berufsausübungsregelung dar.**«

(45)

Laskowski, Silke Ruth

Die Ausübung der Prostitution

Ein verfassungsrechtlich geschützter Beruf im Sinne von Art. 12 Abs. 1 GG

Frankfurt/M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien, 1997.

Aus der Verlagsankündigung, siehe:

<http://www.abebooks.com/Aus%C3%BCbung-Prostitution-verfassungsrechtlich-gesch%C3%BCtzter-Beruf-Sinne/854148735/bd>

(46)

b) Weser-Kurier v. 16.09.2015

Jeder Vierte bricht Ausbildung ab

Arbeitnehmerkammer stellt Studie zu vorzeitigen Vertragslösungen vor / Hilfsangebote bei Konflikten im Betrieb

http://ep.weser-kurier.de/weserkurier/3545/article/322305/17/1/render/?reader_token=1b92cdd2ae9b24684599b28b7e8337e7&user=9457b0a781728434ce82230103942b21

b) Prostitution und Denunziation

[weltnetzTV](#)

Veröffentlicht am 20.12.2013

Die Kampagne gegen Prostitution als Einfallstor staatlicher Überwachung und Kontrolle. Ein **Kommentar von Sabine Schiffer (Institut für Medienverantwortung).**

<https://www.youtube.com/watch?v=eZr6NWZY9VA>

(47)

[Human rights violations against sex workers: burden and effect on HIV](#)

Michele R Decker, Anna-Louise Crago, Sandra K H Chu, Susan G Sherman, Meena S Seshu, Kholi Buthelezi, and others

The Lancet, Vol. 385, No. 9963, p186–199

Published online: July 21, 2014

<http://www.thelancet.com/pdfs/journals/lancet/PIIS0140-6736%2814%2960800-X.pdf>, abgerufen am 19.11.2015

6. Anhang

email u.a. an die Autorin

Absender:

Kl.Fricke@gmx.de

(keine öffentliche email Adresse, öffentliche email Adresse SIB-SWinfoBremen@gmx.de)

gesendet: 18.08.2015 um 05:38 Uhr

Die Email ist Teil der Beschwerde, da sie

- weitere Konkretisierungen der Beschwerde enthält
- Quellenhinweise enthält, die auch für die Beschwerde selbst von Bedeutung sind
- zur Transparenz des Beschwerdeverfahrens für alle Beteiligten beitragen soll

Der Text der Email ist hier kursiv im Schrifttyp Times New Roman wiedergegeben

Sehr geehrte Damen und Herren

GROB FAHRLÄSSIGER JOURNALISMUS

1. Verwerflich - der Weser Kurier - ethisch fragwürdig

Sehr geehrte Frau Hellwig, journalistisch grob fahrlässig ist es, sexuelle Dienstleistungen unter dem Begriff des Rotlichtmilieus zu fassen. «Mit dem Begriff „Rotlichtmilieu“ wird meist auch kriminelles Verhalten (z. B. Drogenhandel, Menschenhandel, Erpressung) assoziiert.» (<https://de.wikipedia.org/wiki/Rotlichtmilieu>). Der Begriff kriminalisiert Sexarbeit, sexuelle Dienstleistungen. Sie, die Redaktion und die Herausgebenden des Weser-Kurier kriminalisieren sexuelle Dienstleistungen mit diesem Begriff. Sie kriminalisieren damit pauschal Aktive in diesem Wirtschaftszweig: Sexarbeitende, Kundschaft, Werbetreibende, Betreibende von Betriebsstätten für Sexarbeitende, ... Die Assoziation von Sexarbeitenden mit diesem kriminellen Umfeld, hat beim Weser-Kurier Tradition (WK vom 7.5.10, S. 9, R. Gerdts-Schiffler, Aggressionen aus der Nachbarschaft http://verlag.weser-kurier.de/plus/archiv/ansicht.php/a/msdcx_filestore_archive/2011/07-29/fa/3e/file60qc0y7kptvfpl8qh8m.jpg). Der Weser-Kurier ist in diesem Sinne auch im konkreten Fall, dazu weiter unten, ein Wiederholungstäter

Die pauschalisierende Unterstellung der Zugehörigkeit von Aktiven des Feldes der Sexarbeit zu einem durch Kriminalität geprägten Umfeld, die mit dem Begriff des Rotlichtmilieus zum Ausdruck gebracht wird, ist ein Angriff auf die Persönlichkeitsrechte dieser Menschen. Er ist geeignet, dem Ansehen dieser Menschen Schaden zuzufügen und das auszulösen, was die EU als unzulässige Schmähungen von Sexarbeitenden (1) verurteilt. Auch der vorliegende Referentenentwurf zum so genannten «Prostituierten Schutz Gesetz» (RePSG) nimmt Bezug auf diese soziale Realität und formuliert Schutzmaßnahmen. Der RePSG z.B. sieht vor, dass Sexarbeitende das Recht erhalten, sich einen Alias Namen zuzulegen. (2) Sie sollen dadurch einen gewissen Schutz vor persönlichen Folgen dessen haben, was Ihnen durch die soziale Ächtung mittels von Begriffen wie Rotlichtmilieu, angetan wird und droht. Das u.a. ist gemeint, wenn Amnesty International (AI) festhält

«Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter gehören überall auf der Welt zu den verletzlichsten Gruppen der Gesellschaft. Sie erfahren die verschiedensten Formen von Diskriminierung, Gewalt und Missbrauch.» (3)

Die Kriminalisierung der Sexarbeit, des Feldes der erotischen und sexuellen Dienstleistungen, sie soll, das ist das Ziel der Initiative von AI, beendet werden. Als Sexarbeit, sexuelle Dienstleistungen, definiert AI die einvernehmlich gegen Honorar vereinbarten sexuellen Handlungen zwischen (geschäftsfähigen) Erwachsenen. Alle sexuellen Handlungen, die nicht einvernehmlich erfolgen, erfüllen den Tatbestand des sexuellen Missbrauchs, sind schwere Menschenrechtsverletzungen und unterliegen dem (Sexual-) Strafrecht. Selbstverständlich verurteilt AI diese Verletzungen der Menschenrechte. Selbstverständlich hat AI ausführliche Gespräche mit Organisationen und Personen geführt, die sich die Vertretung der Interessen der Betroffenen von solchen Menschenrechtsverletzungen, zum Beispiel Minderjährige, zur Aufgabe gemacht haben. Ihre Behauptung "dass AI mit minderjährigen, von Bordell zu Bordell verkauften, gequälten Frauen ins Gespräch gekommen ist, scheint doch eher gering", bestreitet, dass AI sich dieser Problematik ernsthaft angenommen hat. Frau Hellwig, das ist nicht der Fall und das wissen Sie. Sie haben die Veröffentlichungen

von AI in der Sache gelesen. AI zu unterstellen, Verletzungen des sexuellen Selbstbestimmungsrechtes zu verharmlosen oder vor Ihnen die Augen zu verschließen, ist ethisch verwerflich. Ich werde Ihren Artikel auch aus diesem Grund dem Deutschen Presserat vorlegen.

2. Märchen - der Weser-Kurier - ehrverletzend

Sie Frau Hellwig, erklären unter Berufung auf ungenannte Experten, es sei eine Legende, es sei eine Mär, es sei purer Unfug, es sei eine Beschönigung der tatsächlichen Gegebenheiten, dass sexuelle Dienstleistungen einvernehmlich vollzogen werden würden. Haben Sie kürzlich Gespräche mit den ca. 400 Bremer Sexarbeitenden geführt, die auf dem grössten einschlägigen Werbeportal Bremens, der Hostessenmeile, für ihre Dienstleistungen annoncieren? Haben Sie diese Frauen, diese Männer, diese Transsexuellen angesprochen? Gibt es aktuell eine Erhebung über die Motive, Arbeitsformen, Arbeitsbedingungen und die Arbeitszufriedenheit dieser Bremer Sexarbeitenden, auf die Sie sich mit Ihrer Feststellung des Märchens, der Legende, des Unfuges, der Beschönigung beziehen?

im Februar 2014 wurde eine Studie (4) veröffentlicht, die dieses Thema behandelt. Sie ermittelte Daten zu den damals in Bremen in Wohnungen tätigen Sexarbeiterinnen rumänischer Muttersprache. Diese Gruppe umfasst damals 71 für ihre Dienstleistungen öffentlich werbende Frauen. Von den 71 Frauen wurde mit 64 ausführlicher oder sehr ausführlich gesprochen (drei waren nicht erreichbar, vier wurden telefonisch erreicht, es kam aber nicht zu einem Gespräch). Das Ergebnis: die Frauen gingen ihrer Tätigkeit, so ihre Aussagen, aus eigenem, freien Willen nach. Die Studie wurde dem Weser-Kurier im Februar 2014 zugänglich gemacht. Kein Märchen. Es scheint also, dass das Gros dieser aus Rumänien stammenden Sexarbeiterinnen, sich frei- und bereitwillig für sexuelle Dienstleistungen entschieden hatte und Ihre ungenannten Experten ein grob fahrlässiges Gewebe aus Märchen und Legenden spinnen, das Sie Frau Hellwig als diskriminierende, ehrverletzende Tatsachenbehauptung in die Öffentlichkeit tragen.

3. Verdächtigungen - der Weser-Kurier - kriminalisierend

Frau Hellwig Sie schreiben: «Man mag Bordellbetreiber als Dienstleister ansehen, die Frauen oder Männern Zimmer und gastronomischen Service zur Verfügung stellen. Dennoch profitieren die Betreiber auch von individuellen Zwangslagen.» (Hvhbg. K.F.)

Die -also alle- Betreibenden von Betriebsstätten für sexuelle Dienstleistungen, so führen Sie aus, profitieren auch von individuellen Zwangslagen. Sie erzielen also ein Einkommen nicht nur aus der zulässigen Vermietung von Betriebsstätten an selbständige Sexarbeitende, sondern auch einen unzulässigen Gewinn aus der Vermietung an Menschen deren Recht auf sexuelle Selbstbestimmung durch eine Zwangslage beeinträchtigt ist. Die Gewinnerzielung aus den sexuellen Handlungen von Menschen, die sich in einer Zwangslage befinden, ist nach dem StGB § 232 eine Straftat, die mit bis zu 10 Jahren Haft geahndet wird. Ihre Feststellung bezichtigt z.B. Lara Freudmann als Betreibende des „Haus9“, Vermietung von Betriebsstätten zur gewerblichen Tätigkeit an selbständig in der Sexarbeit tätige Menschen, für deren Vermietungstätigkeit ich beauftragt bin zu sprechen, des Menschenhandels. Diese Behauptung ist unwahr und ebenso ehrenrührig, wie die implizite Unterstellung im oben verlinkten Weser-Kurier Artikel vom 7.5.2010, Lara Freudmann sei obwohl nicht auf den ersten Blick erkennbar, Teil des Rotlichtmilieus, auch wenn sie äusserlich nichts mit dem Klischee der Puffmutter gemein hätte.

Sie bezichtigen darüber hinaus alle Menschen, die solche Betriebsstätten vermieten, pauschal der Straftat des Menschenhandels in die sexuelle Ausbeutung, denn „die Betreibenden profitieren auch von individuellen Zwangslagen“. Auch diese generelle Aussage ist unwahr und von Ihnen nicht zu belegen.

Diese Bezichtigungen sind problematisch im Sinne einer

- unwahren Tatsachenbehauptung (Die Aussage ist nicht im Sinne des Werturteils durch Recht auf freie Meinungsäußerung zulässig, da sie eine unwahre und ehrenrührige Behauptung ist)*
- üblen Nachrede (StGB § 186)*
- falschen Verdächtigung (StGB 164)*
- in der Folge könnte diese Unterstellung auch geschäftsschädigend sein.*

Der Weser-Kurier hat, Sie haben die Möglichkeit, Ihre kriminalisierende, ehrenrührige Aussage «Dennoch profitieren die Betreiber auch von individuellen Zwangslagen.», mit der der Weser-Kurier die Persönlichkeitsrechte von Lara Freudmann (Aliasname, zulässig nach RePSG) erneut verletzt, im Rahmen einer angemessenen öffentlichen Entschuldigung zurück zu nehmen. Sie, Frau Hellwig, die Redaktion und die Herausgebenden des Weser Kurier, sie wollen hoffentlich nicht zu dem Teil der Welt gehören, gegen den AI mit der Resolution zur Entkriminalisierung der Sexarbeit aktiv werden muss.

«Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter gehören überall auf der Welt zu den verletzlichsten Gruppen der Gesellschaft. Sie erfahren die verschiedensten Formen von Diskriminierung, Gewalt und Missbrauch.» (3)

Mit ihrem Artikel, haben Sie diese Feststellung eindrücklich bestätigt. Abschließend muss ich festhalten. Ihr grob fahrlässiger Journalismus verdrängt seine Täterschaft, anstatt Opfer von Tätern zu unterscheiden. Sie erweisen den Sexarbeitenden als Opfern der verschiedensten Formen von Diskriminierung, Gewalt und Missbrauch damit keinen Dienst, Ihrer Profession allerdings auch nicht. Sie haben Ihre persönliche und die journalistische Integrität des Weser-Kurier beschädigt.

Mit freundlichen Grüßen
Klaus Fricke

- Fachmoderator rumänisches Unterforum auf sexworker.at
Sexworker Forum - Netzwerk und Forum für gegenseitige Hilfe und Aufklärung seit 2005. Registriert als internationale NGO mit Sitz in Wien, akkreditiert als Verfasserin von Schattenberichten zur Lage von Sexworkern in Ländern in Zentraleuropa an UN'OHCHR, Genf seit 2010 - Mitarbeiter einer UN akkreditierten Nichtregierungsorganisation

- Initiator Projekt Ne-RO-In
Netzwerk zum Austausch von Informationen in Rumänisch und Deutsch für Menschen und Drittparteien in der Sexarbeit
<http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?t=11023&highlight=neroin>

- Sprecher "Haus9"
Vermietung von Betriebsstätten zur gewerblichen Tätigkeit an selbständig in der Sexarbeit tätige Menschen, Niedersachsendamm 9, 28277 Bremen

- Initiator des Frühstückstreffens Pro SexWork HB
von Kundinnen, Sexarbeitenden, Betreibenden und anderen Interessierten im Rahmen der Sexwork-Info-Bremen SIB-SWinfoHB@gmx.de Mailingliste

- Mitglied im Berufsverband sexuelle Dienstleistungen
BSD. <http://www.bsd-ev.info/>

Q u e l l e n

(1) Europäische Parlament

- BERICHT - über sexuelle Ausbeutung und Prostitution und deren Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter

Das europäische Parlament «... weist mit Nachdruck darauf hin, dass Prostituierte öffentlichen Schmähungen und sozialer Stigmatisierung auch noch ausgesetzt sind, wenn sie nicht mehr der Prostitution nachgehen;» (S. 10 f.)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2F%2FEP%2F%2FNONSGML%2FBREPORT%2BA7-2014-0071%2B0%2BDOC%2BPDF%2BBV0%2F%2FDE>

(2) RePSG, § 5 (3) und Begründungen S.65 («Mit der Möglichkeit der Aliasbescheinigung werden Prostituierte darin unterstützt, einer unnötigen Offenbarung und ungesteuerten Verbreitung ihrer persönlichen Daten entgegenzuwirken.») und S. 97 («... Personen, die sich in diesem Bereich betätigen, auch weiterhin in ihrem Alltagsleben zahlreichen diskriminierenden Erfahrungen ausgesetzt sind ...»)

http://www.highlights-berlin.de/BMFSFJ%20Referentenentwurf%20Prostituiertenschutzgesetz_29.07.2015.pdf

(3) Richtungsentscheid für die Menschenrechte von Sexarbeiter/innen

<http://www.amnesty.ch/de/about/dok/2015/amnesty-international-ratstagung-2015-amnesty-position-zu-sexarbeit>

(4) Sexarbeit in Bremen - Rumänische Sexarbeiterinnen - Arbeitsort Wohnung

Sozial, politisch, medial und institutionell fremdbestimmt

Persönlich selbstbewusst und selbstbestimmt

Zahlen und Aussagen

Download:

<http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=138988>